Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (06.06.2008)

Sand im Getriebe 66

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at,** mail an die Redaktion**: sig@attac.de**

Ernährungssouveränität! Jetzt!!!



Über den Hunger in der Welt wird viel geredet – Sollte man nicht lieber schweigen, innehalten, um sich das ganze Ausmaß dieses *„angekündigten Massenmordes“* (**Ziegler**) bewusst zu machen und ohne Schaumschlägereien endlich wirksame Maßnahmen gegen diese Geißel der Menschheit zu treffen? Aber *welche* Maßnahmen?

Die Empörung gegenüber den Spekulanten, die im Handel mit Nahrungsmitteln eine zusätzliche Quelle der Bereicherung sehen (**Elmar Altvater**), ist berechtigt, und diese Spekulanten müssen gestoppt werden. Aber bei einer Spekulation gibt es immer zwei: der eine, der zu einem Höchstpreis verkaufen will – und der andere, der kaufen MUSS. *„Wie um Himmelswillen konnten überhaupt Mexikaner, die in dem Land leben, wo Mais zu einer Kulturpflanze gemacht wurde, von US-Importen abhängig werden?“* fragt **Walden Bello**, der am Beispiel Mexikos, der Philippinen und Malawis das mörderische Räderwerk - *„die Politik der freien Märkte, - wie sie von der Politik des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und Washingtons vorangetrieben wurde“* - auseinander nimmt**.**

„Eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels, wie sie derzeit in der WTO Doha Runde diskutiert wird, ist keine Lösung für die globale Lebensmittelkrise – im Gegenteil“ betont **Attac Österreich**. Dass manche Firmen aus der Not ein Geschäft machen wollen, zeigen die Kritiker der Gentechnologie. Auf die riesigen Gefahren der privaten Aneignung der Biodiversität durch Samenbanken und Patente weisen **BUKO** und **William Engdahl** hin.

Jean Ziegler beschreibt die Zerstörung der Existenzgrundlage von Fischern und Bauern in Afrika u.a. durch die EU Politik – und prangert diese EU an , die mit ihrer neuen Einrichtung „Frontex“ die Hungerflüchtlinge von Europa fern halten will *„Die Verlogenheit der Brüsseler Minister ist verwerflich: Einerseits verursachen sie die Hungersnot in Afrika, andererseits kriminalisieren sie die Hungerflüchtlinge“*

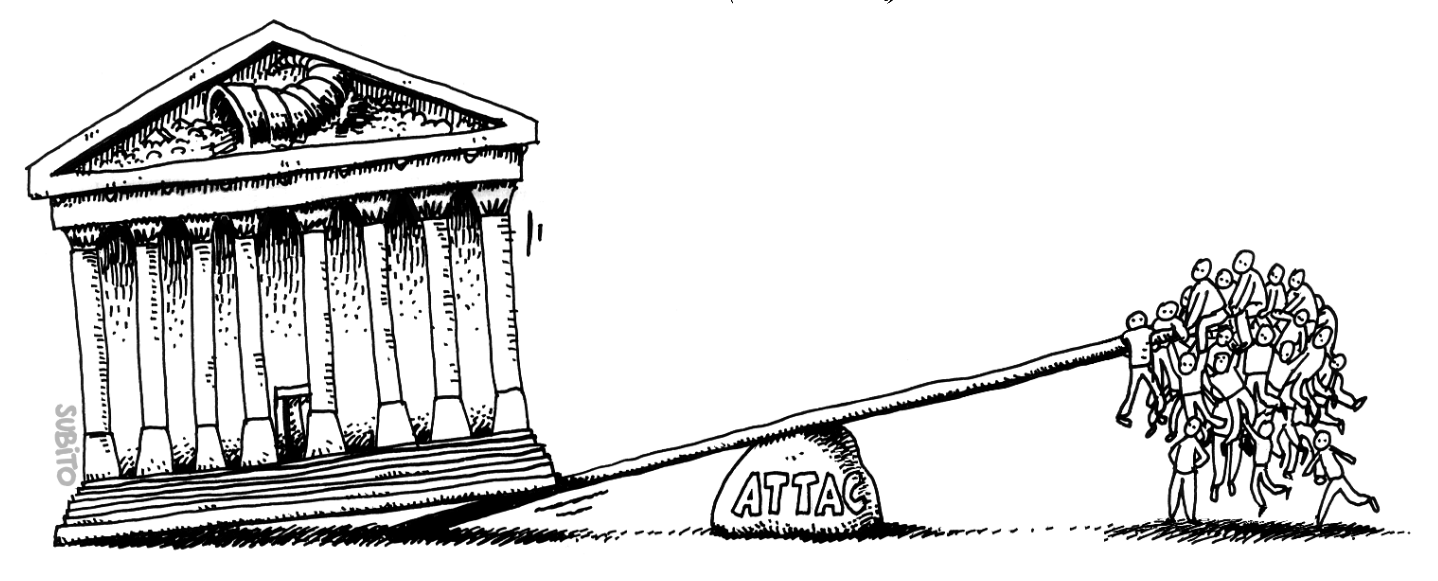
„Obwohl sie einst als Relikte aus einer vorindustriellen Ära angesehen wurden, so führen Bauern jetzt die Opposition an gegen eine kapitalistische industrielle Landwirtschaft, die sie ihrerseits schon in den Mülleimer der Geschichte verschieben wollte.“ führt Walden Bello weiter aus und weist auf **Via Campesina** hin - den weltweiten Zusammenschluss von Millionen von Bauern. Ihre zentrale Forderung lautet: Ernährungssouveränität!

Wir – die zu 100% ehrenamtliche Redaktion - bitten unsere LeserInnen um Nachsicht für die vorangegangene erzwungene Lesepause (aber die nächste Nummer ist schon weit fortgeschritten und erscheint noch im Juni)

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an sig@attac.de

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)



10 Jahre Attac

Attac Frankreich

Am 3. Juni 1998 wurde die Attac-Grundsatzerklärung veröffentlicht. Das war die Geburtsstunde der altermondialistischen Vereinigung. Das Editorial von Ignacio Ramonet „**Die Märkte entwaffnen**“ in Le Monde Diplomatique (Dezember 1997) hatte dazu den Anstoß gegeben. Dieses Editorial wurde mitten in einer Finanzkrise geschrieben. 10 Jahre später feiert Attac seinen Geburtstag mitten in einem noch stärkeren Krise

Nichts hat sich verändert, könnte man sagen, und doch eine ganze Menge: Dieser früher so stark gepriesene Neoliberalismus erscheint jetzt ohne Flitterkram, ebenso diskreditiert wie G8, WTO, IWF oder die Weltbank, die der Welt Ungerechtigkeiten, Elend und Hunger gebracht haben. Die Analysen von Attac in Frankreich und in vielen anderen Ländern haben dazu beigetragen, das Räderwerk eines Systems auseinander zu nehmen, das umso gefährlicher war als es behauptete, es gäbe zu ihm keine Alternative.

Unsere Gegner haben in diesem Jahrzehnt die heraufkommenden finanziellen sozialen und ökologischen Desaster negiert. Indessen beschrieb Attac die künftigen Krisen und schlug andere Art und Weisen des gesellschaftlichen Zusammenlebens vor.

Als Volksbildungsbewegung, die auf die Durchführung von Aktionen gerichtet ist, hat die Vereinigung in 10 Jahren tausende von Bürgern gebildet, die selber in ihrer Umgebung das wahre Gesicht des Finanzkapitalismus entlarvt haben. Attac hat eine Saat verbreitet, die gekeimt hat und erste Früchte gebracht hat. Sicher ist der Kampf schwierig und wird noch lange, wahrscheinlich sehr lange dauern, aber 10 Jahre später ist die ursprüngliche Parole immer noch wahr und ein Hoffnungsträger *„Es geht darum, sich die Zukunft unserer Welt wieder anzueignen*“.

Attac Österreich

10. Geburtstag: Attac fordert Systemwechsel
Globalisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft ist gescheitert

Attac Österreich fordert anlässlich des 10. Geburtstages der internationalen Attac-Bewegung einen politischen Systemwechsel. *“Freihandel, freier Kapitalverkehr, die Begünstigung von Börsen und Aktionären und blinder Wachstumsglaube stehen einer global gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung entgegen. Sie haben uns in eine globale existentielle Krise geführt und dienen ausschließlich der Kapitalvermehrung und Kapitalverwertung. Wir erleben aktuell nicht nur eine Stabilitäts- und Konjunkturkrise, sondern eine ökologische, soziale, ethische und demokratische Krise“*, erklärt Christian Felber von Attac Österreich.

Finanzkrise, Hungerkrise, Steuerskandale und explodierende Ungleichheiten führen einer untätigen Politik drastisch vor Augen: Die Globalisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft ist gescheitert. Attac fordert die globale Kontrolle der Finanzmärkte – von Akteuren wie Produkten –, die Regulierung des Kapitalverkehrs, die Schließung von Steueroasen, die Ökologisierung des Steuersystems sowie Ernährungssouveränität statt Freihandel, um die Finanz-, Steuer-, Nahrungsmittel- und Erdölkrise zu beenden. Die Voraussetzung für eine Erneuerung der Politikziele sind aus Sicht von Attac neue politische Institutionen, neue globale Spielregeln und vor allem eine Wiedergewinnung der Demokratie: *„Viele Menschen, die sich aus dem Gefühl der Ohnmacht vor der Attac-Gründung nicht engagiert haben, mischen sich nun mit uns politisch ein. Wir haben der Globalisierungsdebatte eine neue Richtung gegeben“*, so Felber.

Attac und die globalisierungskritische Bewegung können auf viele Erfolge verweisen: *„Wir haben die blinden Freihandelsbemühungen der Welthandelsorganisation (WTO) gestoppt, die undemokratische G8 delegitimiert, die neoliberale EU-Verfassung zum Scheitern gebracht, die unsoziale Dienstleistungsrichtlinie entschärft, kommunale Privatisierungen und die EU-Softwarepatentrichtlinie verhindert“*, so Attac-Obfrau Alexandra Strickner. Die Gründungsforderung von Attac, die Tobinsteuer, wird mittlerweile von mehreren europäischen Regierungen auf EU-Ebene eingefordert – auch wenn sie bisher noch nicht umgesetzt ist.

In den nächsten Jahren wird Attac seine europaweiten Aktivitäten systematisch vernetzen, um EU-weit an einem Strang zu ziehen. Außerdem wird Attac in dem von ihm mitinitiierten Europäischen Sozialforum (ESF) und Weltsozialforum (WSF) Allianzen zwischen Nord und Süd mitschmieden, um Auswege aus der Lebensmittel- und Energiekrise zu suchen. *„Eine strategische Grundvoraussetzung, um Menschen handlungsfähig zu machen ist für Attac die ökonomische Alphabetisierung*“, so Strickner. Attac wird mit Hilfe der zahlreichen Regionalgruppen die Selbst- und Volksbildung in wirtschaftspolitischen Fragen systematisch ausbauen.

Das globale Attac-Netzwerk kann auf 10 Jahre des kontinuierlichen Wachstums an Unterstützung, Glaubwürdigkeit und politischen Relevanz zurückblicken. In rund 50 Staaten auf allen Kontinenten zählt Attac rund 100.000 Mitglieder.

In Österreich hat sich das auf ehrenamtlicher Arbeit basierende Netzwerk als fixer Player zum Thema Globalisierung und gerechtes Wirtschaften etabliert: Schulen, Gemeinden, Universitäten, Parteien, Unternehmen, Kirchen und andere gesellschaftliche Akteure suchen die Zusammenarbeit mit und inhaltliche Expertise von Attac. Immer mehr Prominente unterstützen die Arbeit der sozialen Bewegung (siehe angefügte Zitateliste). *„Attac wird seine wachsende Stärke dafür einsetzen, von der Politik anstelle rhetorischer Zugeständnisse die Umsetzung gerechter Spielregeln und globaler Alternativen einzufordern“*, so Strickner abschließend.

http://www.attac.at/6533.html

Walden Bello

Wie eine globale Nahrungsmittelkrise erzeugt wird

Wie „Freier Handel" die Landwirtschaft der Dritten Welt zerstört und wer dagegen ankämpft
Lektionen von Weltbank, IWF und WTO, 13.5.2008

Als im letzten Jahr tausende von Leuten in Mexiko gegen eine 60% Erhöhung des Tortillapreises mit Demonstrationen protestierten, verwiesen viele Analysten auf den Agrosprit als Sündenbock: Wegen der Subventionen der US-Regierung widmen die amerikanischen Farmer immer mehr Land dem Anbau von Mais für Ethanolherstellung statt zur Ernährung, was zu einem starken Anstieg der Maispreise geführt habe. Die Umwidmung des Mais zum Agrosprit statt zu Tortillas war sicherlich ein Grund für die hochschießenden Preise, obwohl die Spekulationen mit der Nachfrage nach Agrosprit durch transnationale Mittelmänner wahrscheinlich eine größere Rolle gespielt haben. Allerdings haben viele Beobachter eine quälende Frage übersehen: Wie um Himmelswillen konnten überhaupt Mexikaner, die in dem Land leben, wo Mais zu einer Kulturpflanze gemacht wurde, von US-Importen abhängig werden?

Die Zersetzung der mexikanischen Landwirtschaft

Die mexikanische Nahrungsmittelkrise kann nicht voll verstanden werden, ohne die Tatsache in Betracht zu ziehen, dass schon Jahre vor der Tortillakrise die Politik der freien Märkte, - wie sie von der Politik des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und Washingtons vorangetrieben wurde -, das Ursprungsland des Mais in eine maisimportierende Wirtschaft verwandelt hatte. Dieser Prozess begann mit der Schuldenkrise in den frühen 80er Jahren: Als eine der zwei größten Schuldner der Entwicklungsländer war Mexiko gezwungen, um Geld von der Bank und des IWF zu betteln, um seine Schulden bei internationalen Kommerzbanken zu bedienen, Die Bedingung für einen Kredit von mehreren Milliarden bestand in dem, was ein Mitglied des Exekutivbüros der Weltbank beschrieben hat als *„einen noch nie da gewesenen grundlegenden Interventionismus*". Mexiko musste hohe Zölle ebenso abschaffen wie Regulierungsmechanismen und staatliche Unterstützung für die Institutionen, die die neoliberale Doktrin als Barrieren der ökonomischen Effizienz identifiziert hatte.

Die Zinszahlungen stiegen von 19% der gesamten Regierungsausgaben (1982) auf 57% (1988) an, während die Investitionsausgaben von einem schon niedrigen Niveau (19,3%) auf 4,4% fielen. Das Schrumpfen der Regierungsausgaben resultierte im Abbau der Staatskredite, der staatlichen Unterstützung für landwirtschaftliche Inputs, der Preisstützungen der staatlichen Vermarktungsbehörden und der Fortbildungsmaßnahmen. Die einseitige Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Gütern, die durch IWF und Weltbank erzwungen wurde, hat auch dazu beigetragen, die bäuerlichen Produzenten zu destabilisieren.

Dieser Schlag gegen die bäuerliche Landwirtschaft wurde 1994 fortgesetzt mit einem noch größeren Schlag, als die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) in Kraft trat. Obwohl es in NAFTA eine 15jährige Übergangsphase gab zum Abbau der landwirtschaftlichen Schutzzölle (einschließlich Mais), so überflutete doch sofort subventionierter US-Mais die Märkte, reduzierte die Preise um die Hälfte und stürzte den Maissektor in eine chronische Krise. Es war im Wesentlichen auf dieses Abkommen zurückzuführen, dass jetzt Mexiko den Status eines Nettoimporteurs von Nahrungsmitteln hat.

Nach der Schließung der staatlichen Vermarktungsagentur für Mais wurde die Verteilung des importierten Mais und des mexikanischen Getreides durch einige transnationale Händler monopolisiert, wie das US-Unternehmen Cargill und die teilweise sich in US Eigentum befindende Maseca, die auf beiden Seiten der Grenze operieren. Das hat ihnen enorme Macht gegeben, mit Handelstrends zu spekulieren, so dass Veränderungen in der Nachfrage nach Agrosprit manipuliert und vervielfältigt werden können. Zur selben Zeit hat die monopolistische Kontrolle des einheimischen Handels sichergestellt, dass ein Anstieg der internationalen Maispreise sich nicht in wesentliche höhere Preise für die kleinen Produzenten übersetzte.

Für die mexikanischen Maisfarmer wurde es zunehmend schwierig, das Schicksal der vielen anderen Kleinbauern zu vermeiden, die in Bereichen wie Reis, Rindfleisch, Geflügel und Schweinefleisch untergingen wegen der Vorteile, die NAFTA den subventionierten US-Produzenten gebracht hat. Ein Carnegie Endowment Bericht stellte 2003 fest, dass die Importe der landwirtschaftlichen Produkte aus den USA mindestens 1,3 Millionen Farmer arbeitslos gemacht hat. Viele von ihnen haben inzwischen den Weg in die USA gefunden.

Die Aussichten sind nicht gut, denn die mexikanische Regierung wird immer noch von Neoliberalen kontrolliert, die systematisch das Unterstützungsprogramm für Bauern zerstören (übrigens ein wesentliches Erbe der mexikanischen Revolution). Der Direktor von Food First, Erich Holt-Gimenez sieht es so: *„Es wird viel Zeit und viel Anstrengung bedürfen, um die Kapazität der kleinen Bauern wieder aufzubauen und es scheint keinen politischen Willen dafür zu geben – ganz abgesehen davon, dass NAFTA neu verhandelt werden müsste."*

Die Erzeugung einer Reiskrise in den Philippinen

Im Fall von Reis ist es noch klarer, dass die globale Nahrungsmittelkrise vor allem auf den marktorientierten Umbau der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Im Unterschied zu Mais wird weniger als 10% der Weltreisproduktion gehandelt. Außerdem gab es keine Abzweigung von Reis von Nahrungsmittel zu Biosprit. Dennoch haben sich die Preise in diesem Jahr fast verdreifacht, von 380$ pro Tonne im Januar auf mehr als 1000$ im April. Ohne Zweifel ist diese Inflation zum Teil auf Spekulationen durch Großhandelskartelle in Zeiten knapper Angebote zurückzuführen. Dennoch muss – wie im Fall von Mexiko - die Frage gestellt werden, wie es passieren konnte, dass eine Reihe von ehemals sich selbst versorgenden Reis konsumierenden Ländern so überaus abhängig von Importen werden konnte.

Die Philippinen geben ein düsteres Beispiel ab dafür, wie neoliberale ökonomische Restrukturierung ein Land von einem Nettoexporteur von Nahrungsmitteln in einen Nettoimporteur transformiert hat. Die Philippinen sind jetzt der größte Importeur von Reis. Manilas verzweifelte Anstrengungen, die Lieferungen zu sichern, was immer es koste, füllt die Titelblätter der Presse, und Bilder von Soldaten, die in den armen Wohngebieten die Verteilung von Reis überwachen, sind zu Symbolen der globalen Krise geworden.

Die allgemeinen Konturen der philippinischen Erfahrungen ähneln denen in Mexiko. Diktator Ferdinand Marcos hat sich vieler Verbrechen und Missetaten schuldig gemacht, inklusive der unterlassenen Landreform, aber man kann ihm nicht vorwerfen, dass er die Landwirtschaft von staatlicher

Unterstützung abgeschnitten hat. Um bäuerlichen Protesten vorzubeugen, unterstützte das Regime die Bauern mit subventioniertem Kunstdünger und Saatgut, ermöglichte billige Kredite und investierte in die ländliche Infrastruktur. Während der 14 Jahre der Diktatur war es nur in einem Jahr, 1973, nötig, Reis zu importieren, und das lag an den Auswirkungen durch verheerende Taifune. Als Marcos 1986 aus dem Land floh, wurde über 900 000 Tonnen Reis in den staatlichen Lagerhäusern berichtet.

Paradoxerweise sahen die nächsten Jahre – unter neuen demokratischen Verhältnissen – den Abbau der staatlichen Investitionskapazität. Genau wie in Mexiko drängten die Weltbank und der IWF, im Namen der internationalen Kreditgeber, die Regierung von Corazon Aquino, es zu ihrer Priorität zu machen, die 26 Milliarden ausländischer Schulden zurückzuzahlen. Aquino fügte sich, obwohl sie von den Top-Ökonomen des Landes gewarnt wurde, dass "*es vergeblich ist, nach einem Wiederbelebungsprogramm zu suchen, das übereinstimmt mit dem Zeitplan unsere Gläubiger nach Rückzahlen der Schulden.*"

Zwischen 1986 und 1993 flossen jedes Jahr zwischen 8 und 10 Prozent der BSP als Schuldendienst aus den Philippinen ab, etwa derselbe Anteil wie in Mexiko. Der Anteil der Zinszahlungen am Staatshaushalt wuchs von 7% im Jahre 1980 auf 28% im Jahre 1994; Investitionsausgaben hingegen fielen von 26% auf 16% zurück. Also wurde der Schuldendienst zur nationalen Haushaltspriorität.

Die Ausgaben für die Landwirtschaft fielen um mehr als die Hälfte. Die Weltbank und ihre lokalen Nachbeter waren nicht besorgt, denn ein Ziel ihrer Strategie des „Den Gürtel enger Schnallen" war es ja gerade, den privaten Sektor zur Entwicklung des flachen Landes anzuregen.
Aber die landwirtschaftlichen Kapazitäten erodierten schnell. Bewässerungssysteme stagnierten, und Ende 1990 war nur noch 17% des philippinischen Wegenetzes befestigt, verglichen mit 82% in Thailand und 75% in Malaysia.
Getreideernten waren schwach, mit einer durchschnittlichen Reisernte von 2,8 Tonnen pro Hektar weit unterhalb der Ergebnisse in China, Vietnam und Thailand, wo die Regierungen aktiv die landwirtschaftliche Produktion unterstützten.
Das Post-Marcos Landreformprogramm schmolz dahin, da die Mittel für Unterstützungsleistungen fehlten, die der Schlüssel für die erfolgreichen Reformen in Taiwan und Südkorea waren.

Wie in Mexiko sahen sich die Filipino Bauern konfrontiert mit einem umfassenden Rückzug des Staates als Lieferanten umfassender Unterstützung, auf die sie angewiesen waren.

Und der Kürzung der Agrarprogramme folgte die Liberalisierung des Handels, als die Philippinen 1995 der WTO beitraten. Das hatte denselben Effekt wie der Beitritt Mexikos zur NAFTA. Die Mitgliedschaft in der WTO verlangte von den Philippinen, die Einführquoten für sämtliche Agrarimporte – mit der Ausnahme von Reis – abzuschaffen und eine gewisse Menge von jeder Ware zu niedrigen Zöllen hereinzulassen. Zwar wurde es dem Land erlaubt, eine Quote für Reisimporte aufrecht zu erhalten, dennoch musste es für die nächsten 10 Jahre einen Gegenwert von 1 bis 4 Prozent des einheimischen Konsums zulassen.
Tatsächlich importierte die Regierung viel mehr Reis, um den Ausfall der durch die mangelnde Unterstützung gesunkenen Produktion wett zu machen. Diese Importe, die von 263 000 Tonnen (1995) auf 2,1 Millionen Tonnen (1998) stiegen, haben den Preis für Reis gedrückt, die Bauern entmutigt und das Wachstum der Produktion weit unterhalb der beiden Lieferanten Thailand und Vietnam gehalten.

Die Konsequenzen des WTO-Beitritts der Philippinen fegten durch den Rest der Landwirtschaft wie ein Supertaifun.
Als billige Maisimporte – zum Teil subventioniertes US-Getreide –den Markt überschwemmten, haben Bauern Land, das für Maisproduktion vorgesehen war, von 3,1 Millionen Hektar (1993) auf 2,5 Millionen (2000) reduziert.
Massive Importe von Hähnchenteilen haben die Branche fast zerstört, während der Anstieg von Importen die Geflügel-, Schweine- und Gemüseindustrie destabilisierte.

Während der Kampagne zur Ratifizierung der WTO-Mitgliedschaft (1994) versprachen die Ökonomen der Regierung, angeregt durch ihre WTO-Berater, dass die Verluste bei Mais und anderen traditionellen Getreiden mehr als kompensiert würden durch die neuen Exportindustrien mit hoher Wertschöpfung wie Schnittblumen, Spargel und Broccoli. Wenig davon hat sich erfüllt. Ebenso wie die 500000 Agrarjobs, die jährlich durch die Magie des Markts hätten geschaffen werden sollen; stattdessen sank die landwirtschaftliche Beschäftigung von 11,2 Millionen (1994) auf 10,8 Millionen (2001).
Der Doppelschlag der vom IWF aufgezwungenen Angleichung und der von der WTO erzwungenen Handelsliberalisierung hat sehr schnell eine größtenteils selbst versorgende Agrarökonomie in eine importabhängige verwandelt, die immer mehr zur Marginalisierung der Bauern führte. Es war ein Prozess des Auswringens. Der Schmerz darüber wurde während einer WTO-Verhandlungsrunde in Genf von einem Filipino Regierungsunterhändler so formuliert: „*Unsere Kleinproduzenten werden geschlachtet durch die Unfairness der internationalen Handelssystems.*"

Die große Transformation

Die Erfahrungen von Mexiko und den Philippinen finden Parallelen in einem Land nach dem anderen, soweit sie der Verwaltung von IWF und WTO unterliegen.
Eine Studie der FAO von 14 Ländern fand heraus, dass das Niveau der Nahrungsmittelimporte 1995-98 weit höher lag als zwischen 1990-94. Das ist nicht überraschend, denn das Hauptziel der WTO-Vereinbarung zur Landwirtschaft war es ja gerade, Märkte in Entwicklungsländern zu öffnen, damit sie die Überschussproduktion des Nordens absorbieren können. - wie es John Block, der damalige US-Minister für Landwirtschaft, 1986 formulierte: „*Die Idee, dass Entwicklungsländer sich selbst ernähren sollten, ist ein Anachronismus vergangener Zeiten. Sie könnten ihre Ernährungssicherheit besser sicher stellen, indem sie sich auf die landwirtschaftlichen Produkte der USA verlassen, die in den meisten Fällen zu niedrigeren Kosten zu haben sind.*"

Was Bock nicht sagte war, dass die niedrigeren Kosten der US-Produkte erst durch die Subventionen ermöglicht wurden, die von Jahr zu Jahr anschwollen, trotz der Tatsache, dass die WTO sie eigentliche auslaufen lassen sollte. Die Gesamtsumme landwirtschaftlicher Subventionen, die von den Regierungen entwickelter Länder gezahlt wurden, stieg von 367 Milliarden Dollar im Jahre 1995 auf 388 Milliarden im Jahre 2004 an. Seit den späten 90iger Jahren machten die Subventionen 40 des Wertes der landwirtschaftlichen Produktion in der Europäischen Union und 25% in den USA aus.

Die Apostel des freien Marktes und die Verteidiger von Dumpingpreisen mögen sich an verschiedenen Enden des politischen Spektrum befinden, aber die Politiken, die sie befürworten, bringen dieselben Resultate hervor: eine globalisierte kapitalistischen industrialisierte Landwirtschaft. Entwicklungsländer werden in ein System integriert, in dem die exportorientierte Produktion von Fleisch und Getreide durch große industrielle Farmen dominiert werden, wie solche, die durch den Thai Multi CP – und in denen die Technologie ständig weiter entwickelt wird durch Fortschritte im „genetic engeneering" durch Firmen wie Monsanto. Die Beseitigung von Zöllen und nicht tarifären Regeln ermöglicht einen globalen landwirtschaftlichen Supermarkt der Elite und der Mittelklasse-Konsumenten, die durch Getreide handelnde Unternehmen wie Cargill und Archer Daniels Midland sowie transnationale Lebensmittelketten wie die britische Tesco und die französische Carrefour bedient werden.

Es bleibt wenig Raum für die hunderte von Millionen von ländlichen und städtischen Armen in diesem integrierten globalen Markt. Sie sind beschränkt auf die gigantischen Vorstädte und Favellas, wo sie vorlieb nehmen müssen mit Lebensmittelpreisen, die oft viel höher sind als die Supermarktpreise. Oder sie leben in ländlichen Reservaten, wo sie in marginalen landwirtschaftlichen Aktivitäten gefangen sind und zunehmend vom Hunger bedroht sind. Manchmal existiert in ein und demselben Land Hunger im marginalisierten Sektor mit Wohlstand im globalisierten Sektor.

Das ist nicht einfach die Erosion der nationalen Selbstversorgung mit Lebensmitteln oder der Ernährungssicherheit, sondern es ist das, was die Afrikanistin Deborah Bryceson aus Oxford das „Bauernlegen" (Depeasantisation) nennt – das Aussortieren einer Produktionsweise, um das Land zu einem günstigeren Ort für die intensive Kapitalakkumulation zu machen.

Diese Transformation ist eine traumatische für hunderte von Millionen Menschen, weil die bäuerliche Produktion nicht einfach nur eine wirtschaftliche Aktivität ist. Es ist eine uralte Lebensweise, eine Kultur.
Das ist ein Grund, warum vertriebene oder marginalisierte Bauern in Indien Zuflucht zum Selbstmord genommen haben. Im Staat Andrah Pradesh stiegen die Selbstmorde von 233(1998) auf 2600(2002), In Maharashtra haben sich die Selbstmorde verdreifacht, von 1083 (1995) auf 3926 (2005). Eine Schätzung besagt, dass etwa 150000 indische Bauern ihr Leben genommen haben.

Der durch die Handelsliberalisierung verursachte Verfall der Preise und der Verlust der Kontrolle über Saatgut an Biotechfirmen ist Teil eines komplexen Problems, sagt die Aktivistin für globale Gerechtigkeit, Vandana Shiva: „*Durch die Globalisierung verlieren die Bauern ihre soziale, kulturelle, ökonomische Identität als Produzenten. Ein Bauer ist jetzt ein 'Konsument' von teuren Saatgut und teuren Chemikalien, die verkauft werden durch mächtige globale Unternehmen, vermittelt lokal durch mächtige Grundbesitzer und Geldverleiher*.

Afrikanische Landwirtschaft: vom Mitmachen zum Widerstand

Das Bauernlegen ist in einem fortgeschrittenen Stadium in Lateinamerika und Asien. Und wenn die Weltbank sich durchsetzt, wird Afrika in dieselbe Richtung gehen. Wie Bryceson und ihre Kollegen in einem aktuellen Artikel richtig aufzeigen, so ist der „World Development Report 2008", der sich ausführlich mit der Landwirtschaft in Afrika befasst, praktisch ein Plan für die Umwandlung der bauern-basierten Landwirtschaft des Kontinents in ein System kommerzieller Großfarmen. Allerdings bewegen sich auch hier – wie heutzutage in vielen anderen Gegenden der Welt - die Reaktionen auf die Bank von verbissenem Ärger zum offenen Widerstand.

In den 60er Jahren, zur Zeit der Dekolonisierung, war Afrika tatsächlich ein Nettoexporteur von Lebensmitteln. Heute importiert der Kontinent 25% seiner Lebensmittel; fast jedes Land ist ein Netto- Importeur. Unterernährung und Hungerkatastrophen sind wiederkehrende Erscheinungen geworden; allein die letzten 3 Jahre sahen den Ausbruch von Nahrungsmittel-Notständen im Horn von Afrika, in der Sahel-Zone und in Süd- und Zentralafrika.
Die Landwirtschaft in Afrika befindet sich in einer tiefen Krise, und die Ursachen reichen von Kriegen bis zu schlechter Regierungsführung, Mangel an Agrartechnologie bis zur Verbreitung von HIV/Aids. Allerdings spielt – wie in Mexiko und in den Philippinen - die Beseitigung von Kontrollen und Unterstützungsmechanismen durch Regierungen eine wichtige Rolle, wie sie durch die Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank als Preis für die Unterstützung bei der Bedienung der Außenschuld erzwungen wurde

Die Strukturanpassungsprogramme haben zu sinkenden Investitionen, steigender Arbeitslosigkeit, abnehmenden Sozialausgaben, sinkendem Konsum und niedrigem Output geführt. Die Aufhebung der Preiskontrollen auf Kunstdünger bei gleichzeitigen Kürzungen in landwirtschaftlichen Kreditsystemen führte ganz einfach zu einem verringerten Einsatz von Kunstdünger, zu geringeren Ernteerträgen und zu reduzierten Investitionen. Außerdem weigerte sich die Realität, sich konform mit der dogmatischen Erwartung zu verhalten, dass der Rückzug des Staates dem Markt den Weg öffnen würde für eine Dynamisierung der Landwirtschaft.

Stattdessen konnte der private Sektor die Lücke nicht füllen. Er erkannte zu Recht, dass die Kürzungen staatlicher Ausgaben ein höheres Risiko erzeugten. In einem Land nach dem anderen führte der Rückzug des Staates zum Verdrängen statt zur Attraktion privater Investitionen. In den Fällen, in denen private Händler den Staat ersetzten, so berichtet ein OXFAM Report, „*haben sie das manchmal getan zu sehr ungünstigen Bedingungen für die armen Bauern und sie haben die Farmer mit größerer Nahrungsmittel-Unsicherheit gelassen und die Regierungen in eine neue Abhängigkeit von unvoraussehbaren internationalen Hilfslieferungen getrieben.*" Der „Economist", der normalerweise sehr für den Privatsektor eingestellt ist, stimmt zu und stellt fest: *"Viele der privaten Firmen, die die staatlichen Forscher ersetzen sollten, entlarvten sich als Rente suchende Monopolisten*"

Die Unterstützung, die man afrikanischen Regierungen zukommen ließ, wurde durch die Weltbank in den landwirtschaftlichen Exportsektor kanalisiert, um Devisen zu verdienen, die der Staat zum Schuldendienst benötigte. Aber das führte dazu– ebenso wie in Äthiopien während der Hungersnot der 1980iger Jahre –dass gutes Land für Exportfrucht umgewidmet wurde, während Nahrungsmittel auf weniger günstige Böden gezwungen wurden und somit die Nahrungsmittel-Unsicherheit verstärkte. Zudem ermutigte die Weltbank mehrere Volkswirtschaften, sich auf dieselben Exportfrüchte zu konzentrieren, was häufig zur Überproduktion und zum Verfall der Preise auf internationalen Märkten führte. So sorgte in Ghana der Erfolg der Ausdehnung der Produktion von Kakao dafür, dass zwischen 1986 und 1989 die Weltmarktpreise um 48% sanken. Ein Zerfall der Kaffee-Preise trug 2002-03 zu einer weiteren Ernährungsnot in Äthiopien bei.

Wie in Mexiko und den Philippinen ging es bei der Strukturanpassung in Afrika nicht einfach um zu geringe Investitionen, sondern um den Abbau staatlicher Investitionen. Es gab allerdings einen wesentlichen Unterschied. In Afrika übernahmen die Weltbank und der IWF das Micromanagement, indem sie die Entscheidungen fällten, wie schnell Subventionen auslaufen sollten, wie viele Staatsangestellte gefeuert werden sollten, und im Fall von Malawi sogar: wie viel von der Getreidereserve des Landes an wen verkauft werden sollten.
Mit anderen Worten: die residierenden Prokonsulen der Bank und des IWF griffen in das innere Gewebe der staatlichen Beeinflussung der landwirtschaftlichen Ökonomie ein, um es zu zerreißen.

Diese negativen Auswirkungen der Anpassungsprogramme wurden noch verschlimmert durch die unfairen Handelspraktiken der EU und der USA. Die Liberalisierung ermöglichte es, dass hoch subventioniertes Rindfleisch aus der EU importiert wurde und dadurch viele westafrikanische und südafrikanische Rinderzüchter in den Ruin getrieben wurden. US-Farmer, mit Zustimmung der WTO hoch subventioniert, belieferten die Weltmärkte mit Baumwolle zu Preisen, die nur 20% bis 55% der Produktionskosten ausmachten und trieben so west- und zentralafrikanische Bauern in den Bankrott.

Oxfam berichtet, dass sich die Zahl der Afrikaner, die südlich der Sahara von weniger als einem Dollar pro Tag leben, zwischen 1981 und 2001 auf 313 Millionen verdoppelt hat, das sind 46% des gesamten Kontinents.

Die Rolle, die die Strukturanpassungsprogramme bei der Erzeugung von Armut spielte, ist kaum zu leugnen. Wie der Chefökonom der Weltbank für Afrika zugibt: „*Wir dachten nicht, dass die menschlichen Kosten dieser Programme so groß seien würden, und dass die ökonomischen Gewinne so lange auf sich warten lassen würden“*

Malawi ist repräsentativ für die afrikanische Tragödie, verursacht durch den IWF und die Weltbank. Im Jahre 1999 startete die Regierung von Malawi ein Programm, das jeder Kleinbauernfamilie ein freies Startpaket mit Kunstdünger und Saatgut zur Verfügung stellte. Das Ergebnis war ein nationaler Überschuss an Mais.
Was dann passierte, sollte als ein Beispiel für eines der größten Fehlschläge der neoliberalen Ökonomie in die Lehrbücher eingehen:

Die Weltbank und andere Geldgeber erzwangen die Verkleinerung und schließlich die Beendigung des Programms indem sie argumentierten, dass die Subvention den Handel verzerre. Ohne die freien Startpakete ging die Ernte zurück.
Inzwischen bestand der IWF darauf, dass die Regierung einen großen Teil ihrer Nahrungsreserven verkaufen sollte, um es der Nahrungsmittelagentur zu ermöglichen, ihre kommerziellen Schulden zu begleichen. Die Regierung gab klein bei.
Als dann 2001-02 die Nahrungsmittelkrise sich in eine Hungerkatastrophe verwandelte, waren kaum noch Reserven vorhanden. Etwa 1500 Menschen starben.
Der IWF war unbeugsam, tatsächlich suspendierte er die Auszahlung des Anpassungsprogramms mit der Begründung. „*der halbstaatliche Sektor wird ein Risiko für die erfolgreiche Durchführung des Staatshaushaltes 2002/03. Regierungsinterventionen im Nahrungsmittel- und anderen landwirtschaftlichen Markt …verhindern die Finanzierung von produktiveren Ausgaben*.“
Als sich 2005 eine noch schlimmere Nahrungskrise entwickelte, hatte die Regierung genug vom Blödsinn der Weltbank/IWF. Ein neuer Präsident führte die Subventionen wieder ein und ermöglichte es 2 Millionen Haushalten, den Kunstdünger zu einem Drittel des Verkaufspreises und Saatgut mit einem Preisabschlag zu kaufen. Das Ergebnis: zwei Jahre mit einer Rekordernte, eine Millionen Tonnen Mais als Überschuss. Das Land verwandelte sich in einen Maislieferanten für das südliche Afrika.

Malawis Missachtung der Weltbank wäre eine Dekade früher wahrscheinlich ein Akt heroischen aber vergeblichen Widerstandes gewesen. Die Umgebung ist heute jedoch anders, weil die Strukturanpassungsprogramme in ganz Afrika diskreditiert sind. Selbst einige Geberländer und NGOs, die sie früher unterstützten, haben sich inzwischen von der Bank distanziert. Vielleicht liegt ihr Motiv darin, dass sie verhindern wollen, dass ihr Einfluss auf dem Kontinent noch weiter schwindet, wenn sie sich weiter mit einer verfehlten Strategie und mit unpopulären Institutionen verbinden. Das umso mehr angesichts der chinesischen Hilfe, die als Alternative entsteht zu Weltbank, IWF und zu den Hilfsprogrammen westlicher Regierungen.

Nahrungsmittelsouveränität: ein alternatives Paradigma?

Es ist nicht nur die Missachtung von Regierungen wie im Falle Malawis und die Meinungsverschiedenheiten mit ihren ehemaligen Verbündeten, die den Einfluss von IWF und Weltbank unterminieren. Es sind die Bauernorganisationen überall auf der Welt, die zunehmend militant wurden in ihrem Widerstand gegen die Globalisierung der industrialisierten Landwirtschaft. Tatsächlich ist es dieser Widerstand der Bauerngruppen, der die Regierungen des Südens dazu brachte, einen noch stärkeren Zugang zu ihren Agrarmärkten abzulehnen und eine massive Reduzierung der Agrarsubventionen der USA und der EU zu verlangen. Das brachte die Doha-Runde der WTO zum Stillstand.

Bauerngruppen haben sich weltweit vernetzt; eine der dynamischsten ist Via Campesina („der Weg der Bauern“).
Via Campesina strebt nicht nur danach, *„die WTO aus der Landwirtschaft zu vertreiben“*; sie widersetzt sich auch dem Paradigma der globalisierten kapitalistischen Landwirtschaft; sie schlägt auch eine alternative Nahrungsmittelsouveränität vor.

- Nahrungsmittelsouveränität bedeutet vor allem das Recht eines Landes, selbst über Produktion und Konsum seiner Nahrungsmittel zu bestimmen; es bedeutet das Heraushalten der Landwirtschaft aus den globalen Handelsregimen wie dem der WTO.
- Es beinhaltet auch die Unterstützung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch den Schutz der einheimischen Märkte vor Billigimporten.
- Es bedeutet: ausreichende Preise für Bauern und Fischer; Abschaffung aller direkten und indirekten Exportsubventionen; Abbau der einheimischen Subventionen, die nicht nachhaltige Landwirtschaft unterstützen.
- VIAs Programm verlangt auch ein Ende der intellektuellen Eigentumsrechte (TRIPS), die es Unternehmen erlaubt, Pflanzensamen zu patentieren; es opponiert gegen eine Agrotechnologie, die auf Gentechnik beruht; und es verlangt Landreformen.
- VIA bietet die Vision einer internationalen Agrarökonomie, die sich aus unterschiedlichen nationalen Agrarökonomien zusammensetzt, die miteinander handeln, sich aber hauptsächlich auf die einheimische Produktion konzentrieren.

Bauern als Klasse für sich

Obwohl sie einst als Relikte aus einer vorindustriellen Ära angesehen wurden, so führen Bauern jetzt die Opposition an gegen eine kapitalistische industrielle Landwirtschaft, die sie ihrerseits schon in den Mülleimer der Geschichte verschieben wollte. Sie wurden das, was Karl Marx eine politisch bewusste „Klasse für sich“ genannt hat und widersprechen seinen Voraussagen über ihren Untergang.
Mit der globalen Nahrungsmittelkrise rücken sie in den Mittelpunkt und sie haben Verbündete und Unterstützer. Denn während die Bauern sich weigern, unterzugehen und dem Bauernlegen widerstehen, so zeigen die Entwicklungen des 21.Jahrhunderts, dass das Wunderhorn der globalisierten kapitalistischen Agroindustrie nichts anderes ist als ein Albtraum. Während sich die Umweltkrisen vervielfältigen, die sozialen Fehlentwicklungen des städtisch-industriellen Lebens sich anhäufen und die industrialisierte Landwirtschaft größere Nahrungs**un**sicherheit erzeugt, gewinnt die Bauernbewegung zunehmend an Bedeutung nicht nur für Bauern, sondern für alle. Denn alle sind bedroht durch die katastrophalen Konsequenzen der Vision des globalen Kapitals zur Organisierung der Produktion, der Gemeinschaft und sogar des Lebens.

Originaltext unter *www.focusweb.org*
Walden Bello wurde im März von der International Studies Association zum „Outstandig Public Scholar for 2008“ ernannt.

Zum Nachlesen: http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/bundesweite-ags/agrarnetz
BIODIVERSITÄT Wa(h)re Vielfalt , ila 313 März 2008,http://www.ila-web.de/archiv/2008/313inhalt.htm
Thomas Fritz: Das Grüne Gold, Welthandel mit Bioenergie – Märkte, Macht und Monopole, Berlin, 2007
http://www.foodsovereignty.org/new/terrapreta.php?PHPSESSID=9787c8b8997a9c79b83d5e4e3946b7b4
Petition: http://www.nyeleni.eu/foodemergency/ http://www.monde-diplomatique.de/pm/.dossier/hunger.php
Armut, Hunger, Elend: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Armut/Welcome.html
www.viacampesina.org, www.biofuelwatch.org, www.corporateeurope.org/agrofuels, www.ecoexus.info, www.regenwald.org

Elmar Altvater

Die achte Plage

Armut und Hunger: Wie die Finanzkrise die Nahrungsmittelmärkte infiziert

Die für Landwirtschaft und Ernährung zuständige FAO zählt heute mehr als 800 Millionen Unterernährte in den Entwicklungsländern und selbst in den USA, dem reichsten Staat der Erde, zehn Millionen Betroffene. Auch ins Hartz IV-Deutschland sind Armut und Hunger zurückgekehrt. Das ist auch eine Energiekrise, denn mit Lebensmitteln tanken wir überlebenswichtige Energie, die für viele unerschwinglich wird: von 2004 bis 2007 stiegen die Preise für Nahrungsmittel um durchschnittlich 83 Prozent.

Die Hungerunruhen in Haiti, Westafrika oder Bangladesh sind eine Mahnung, die Weltbank und IWF besorgt registrieren. Folglich standen nicht nur die globale Finanzkrise, das nahende Ende der Ölvorräte und der Klimawandel auf der Agenda ihrer jüngsten Tagung - auch die globale Nahrungsmittelkrise. Die beiden Energiekrisen und die Finanzkrise haben Ursachen, die nicht unabhängig voneinander sind.

Der Freihandel führt dazu, dass sich die wettbewerbsfähigsten Anbieter von Agrarprodukten durchsetzen können. Die großen Agro-Konzerne aus den USA und der EU betreiben Monokulturen für die Massenproduktion und verdrängen kleine Produzenten mit ihrem regional angepassten Angebot. Obendrein werden die Agromultis subventioniert, sie können zu Preisen verkaufen, mit denen niemand sonst mithalten kann, so dass regionale Versorgungsnetze nieder konkurriert werden. Zugleich breitet sich das westliche Modell des Fleisch essenden Konsumenten aus, auch in Ländern, in denen über Jahrhunderte eher vegetarische Energie von Reis, Mais und Gemüse aufgenommen wurde. Um das Fleisch der Bouletten zu erzeugen, braucht man freilich sehr viel Fläche und Futterpflanzen. Die fehlen in der täglichen Essensration, und das Fleisch können sich viele Menschen nicht leisten.

Weltbank-Präsident Robert Zoellick hat die Nahrungsmittelknappheit mit den alttestamentarischen "sieben Plagen" verglichen, vergaß aber zu erwähnen: eine achte ist die Weltbank selbst. Sie hat die Förderung der Agrarproduktion für den Export und nicht die lokale Versorgung der Bevölkerung durchgesetzt. Die Devisen, um Kredite auf den globalen Finanzmärkten zu bedienen, waren ihr wichtiger als die Ernährung der Menschen, auch wenn das den Finanzmärkten letztlich nicht half. Als die Immobilienblase platzte, stürzten sie in die tiefste Krise der vergangenen 100 Jahre. Doch die Spekulanten geben nicht auf. Sie stecken trotz der Verluste noch immer riesige Geldvermögen in Rohstoffe und treiben die Preise für Nahrungsmittel vor sich her. So infiziert die Krise der Finanzmärkte die Märkte für Nahrungsmittel.

Bei alldem fällt auch ins Gewicht, dass Ackerland heute mehr denn je genutzt wird, um Autotanks statt hungriger Mägen zu füllen. Die Menschheit steht auf einmal vor der Alternative Food or fuel, wie die FAO einen Bericht betitelt hat. Einer "diabolischen Allianz" von Konzernen aus der Ölbranche, der Automobilwirtschaft, der Pharma- und Agroindustrie geht es darum, Ackerflächen des globalen Südens in einen Hort der Produktion von Treibstoff für den globalen Norden zu verwandeln. Dadurch befinden wir uns in der fatalen Lage, dass ein abhebender Ölpreis auch Biomasse und Nahrungsmittel verteuert. Der Preis für eine Tankfüllung bestimmt nun den Preis der Nahrung, mit der sich die Menschen den Bauch füllen. Die beiden Krisen der fossilen Treibstoffe und der Nahrungsmittel sind Kehrseiten der gleichen Medaille eines außer Rand und Band geratenen fossilen Kapitalismus.

Die Betroffenen haben die Wahl zwischen "exit" und "voice". Sie können abhauen und als Migranten versuchen, unter- und durchzukommen. Oder sie begehren auf und revoltieren gegen ein solches Desaster. In Demokratien kann dies - unter günstigsten Voraussetzungen - friedlich ablaufen, doch meist kommt es zur Gewalt, die von den Verteidigern des Status quo einer Herrschaft ausgeht, die nicht einmal mehr Versorgungssicherheit garantieren kann.

Wirkliche Nahrungssouveränität kann es nur geben, wenn die Nahrungsproduzenten selbst über den Boden und die Nahrungskette verfügen. Ohne Kontrolle der Finanzmärkte, um die Spekulation gegen Lebensmittel zu unterbinden, wird dies allerdings vergebliche Liebesmüh sein. Gegen die fossile Energie- und Klimakrise helfen nur erneuerbare Energien - doch nicht zu Lasten der Lebensmittel für Menschen - und eine radikal andere Lebensweise, um Energie zu sparen.

Es gab einstmals die Idee des gesellschaftlichen Umbaus, die der "neoliberalen Konterrevolution" zum Opfer fiel. Dabei ist es angesichts einer mehrfachen Krise, die nicht nur die Ökonomie destabilisiert, sondern das Leben von Milliarden Menschen bedroht, so nötig wie nie zuvor, die Idee Wirklichkeit werden zu lassen.

** Aus: Freitag, 25. April 2008*



aus Angles d´Attac, Juni 2008, attac Schweiz

Jean Ziegler
Hungerflüchtlinge

Die Nacht war schwarz und mondlos, der Wind blies mit mehr als 100 Stundenkilometer. Mehr als 10 m hohe Wellen stürzten auf das unstabile Holzboot herab. Dieses hatte zehn Tage zuvor in einer kleinen Bucht in Mauretanien mit 101 afrikanischen Hungerflüchtlingen an Bord abgelegt. Wie durch ein unerwartetes Wunder wurde es durch den Sturm auf ein Riff des Strandes von El Medano, einer kleinen kanarischen Insel, geworfen. Im Boot fand die spanische Guardia Civil die Leichen von drei Jugendlichen und einer Frau, die an Hunger und Durst gestorben waren.
In derselben Nacht strandete auf der etwas weiter entfernten Insel El Hierro ein weiteres Boot mit sechzig Männern, 17 Kindern und 7 Frauen, die knapp dem Tode entkommen waren (1).
Und zur selben Zeit, diesmal aber im Mittelmeer, spielte sich ein anderes Drama ab: 150 km südlich von Malta entdeckte ein Beobachtungsflugzeug der Organisation Frontex ein überfülltes Schlauchboot mit 53 Passagieren, das wahrscheinlich aufgrund einer Motorpanne manövrierunfähig auf der unruhigen See dahin trieb. Die Flugzeugkameras entdeckten kleine Kinder und Frauen an Bord des Schlauchbootes. Nach seiner Rückkehr auf die Basis in La Valetta informierte der Pilot die maltesischen Behörden. Diese verweigerten jegliche Hilfe unter dem Vorwand, dass das Boot in der "libyschen Beobachtungs- und Rettungszone" treibe. Laura Boldini, die Abgeordnete der UNO-Flüchtlingskommission, forderte Malta auf, ein Rettungsboot zu entsenden. Doch es geschah nichts. Europa schaute weg. Jegliche Spur des Flüchtlingsbootes ging verloren.
Einige Wochen vorher war ein Boot, auf dem sich hunderte von Hungerflüchtlingen drängten, auf seiner Fahrt zu den Kanarischen Inseln in den Fluten vor der Küste Senegals untergegangen. Es gab nur zwei Überlebende (2).

Flucht aus Afrika

Tausende Afrikaner, darunter Frauen und Kinder, kampieren vor den Grenzzäunen der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im trockenen Rif-Gebirge. Auf Anordnung der Brüsseler Kommissare treiben marokkanische Polizisten die Afrikaner ohne Proviant und Wasser in die Sahara zurück (3). Hunderte, ja vielleicht Tausende, sterben an den Felsen und im Sand der Wüste (4).

Wie viele junge Afrikaner verlassen ihr Land und versuchen, unter Einsatz ihres Lebens, nach Europa zu gelangen?
Laut Schätzungen versuchen jedes Jahr etwa 2 Millionen Menschen illegal auf das Territorium der EU zu gelangen. Von ihnen kommen etwa 2000 im Mittelmeer um und ebenso viele im Atlantik. Ihr Ziel ist es, von Mauretanien oder von Senegal aus die Kanarischen Inseln zu erreichen oder von Marokko aus die Meerenge von Gibraltar zu überqueren.

Laut spanischer Regierung sind im Jahr 2006 47.685 afrikanische Migranten an Spaniens Küsten gelandet. Zu dieser Zahl muss man noch die 23.151 Migranten hinzurechnen, die auf ihrer Fahrt von Libyen oder Tunesien kommend auf den italienischen Inseln oder auf Malta gestrandet sind. Andere versuchen über die Türkei oder Ägypten nach Griechenland zu gelangen. Markku Niskala, Generalsekretär der Internationalen Föderation des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes, erklärt: *"Diese Krise wird totgeschwiegen. Nicht nur, dass niemand diesen Menschen in ihrer Bedrängnis zu Hilfe kommt, es gibt nicht einmal eine Organisation, die Statistiken über diese alltägliche Tragödie erstellt." (5)*

Frontex: Kriminalisierung der Hungerflüchtlinge

Um Europa gegen die Migranten zu verteidigen, hat die Europäische Union heimlich eine militärische Organisation mit dem Namen Frontex aufgebaut. Diese verwaltet "die Außengrenzen Europas".

Sie verfügt über schnelle (und bewaffnete) Eingreifboote, Kampfhubschrauber, eine Flotte von Überwachungsflugzeugen mit hochsensiblen Kameras und Nachtsichtgeräten, über Radar, Satelliten und hoch entwickelte Geräte zur elektronischen Distanzüberwachung.

Frontex unterhält in Afrika auch "Auffanglager", wo Hungerflüchtlinge festgehalten werden, die aus Zentral-, Ost- und Südafrika kommen, aus dem Tschad, der demokratischen Republik Kongo, aus Burundi, Kamerun, Eritrea, Malawi, Simbabwe….
Oft wandern sie unter sehr prekären Bedingungen ein oder zwei Jahre über den Kontinent. Sie überqueren Grenzen und versuchen nach und nach an eine Küste zu gelangen. Dann werden sie von Agenten der Frontex oder deren lokalen Hilfskräften abgefangen, welche sie daran hindern, die Mittelmeer- oder Atlantikhäfen zu erreichen. Angesichts der beträchtlichen Gelder, die die Frontex an die afrikanischen Regierungen zahlt, verweigern nur wenige Staaten die Einrichtung solcher Lager. Algerien, dessen Präsident Abdelaziz Bouteflika erklärt: "Wir verweigern diese Lager. Wir wollen nicht die Kerkermeister unserer Brüder sein.", stellt eine Ausnahme dar.

Zerstörung der lokalen Fischerei

Die Flucht der Afrikaner über das Meer wird durch einen besonderen Umstand begünstigt: die rapide Zerstörung der Fischerdörfer an der Atlantik- und Mittelmeerküste Afrikas. Dazu einige Zahlen:

Auf der ganzen Welt leben 35 Millionen Personen direkt und ausschließlich von der Fischerei, davon 9 Mio. in Afrika. (6)
In Asien macht Fisch 23,1% der tierischen Proteine in der Nahrung aus, in Afrika 19%. 61% der konsumierten Fische werden auf hoher See gefischt, 7% in Binnengewässern. Die Aufzucht in Aquakulturen macht 32% der Weltproduktion aus. (7)
Damit kommt der Ausbreitung und der Hege der Fischbestände - sowohl innerhalb wie außerhalb - der nationalen Wirtschaftszonen eine zentrale Bedeutung für den Arbeitsmarkt und die Nahrungssicherung der betroffenen Bevölkerung zu.

Die Mehrheit der Staaten südlich des Saharas ist überschuldet. Diese Staaten verkaufen ihre Fischereirechte an industrielle Unternehmen aus Japan, Europa und Kanada, deren Fabrikschiffe die reichen Fischgründe der Fischerdörfer bis in die nationalen Gewässer kahl fressen. Außerdem benutzen sie feinmaschige Netze (eigentlich verboten) häufig auch außerhalb der festgelegten Fangsaison. Die meisten afrikanischen Regierungen, die diese Konzessionen unterschrieben haben, besitzen keine Kriegsflotte, haben also kein Mittel, um den Vertrag durchzusetzen. Es herrscht Piraterie und die Küstendörfer sterben langsam aus.

Die Fabrikschiffe sortieren die Fische, verarbeiten sie zu Tiefkühlware, Fischmehl oder Konserven und verkaufen direkt vom Boot an die Märkte.
Ein Beispiel ist Guinea-Bissau, dessen Wirtschaftszone wunderbare Fischgründe beherbergt. Um heutzutage zu überleben, sind die Bissago, ein altes Fischervolk, gezwungen, auf dem Markt von Bissau Fischkonserven zu überteuerten Preisen zu kaufen– made in Dänemark, Kanada, Portugal.

In Armut und Verzweiflung gestürzt und machtlos gegenüber diesen Raubtieren, verkaufen die ruinierten Fischer für wenig Geld ihre Boote an mafiöse Schieber oder versuchen sich selbst als Schlepper. Dabei sind ihre für den Küstenfischfang gebauten Boote generell nicht hochseetauglich.

Hunger durch Export von Nahrungsmitteln

Ein bisschen weniger als eine Milliarde Menschen leben in Afrika. Zwischen 1972 und 2002 stieg die Zahl der stark und permanent unterernährten Afrikaner von 81 Millionen auf 203 Millionen an. Dafür gibt es viele Gründe. Der Hauptgrund ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union.
Die Industrieländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zahlten ihren Landwirten und Viehzüchtern 2006 mehr als 350 Milliarden Dollar in Form von Produktions- und Exportsubventionen. Die Europäische Union betreibt ein besonders zynisches Landwirtschaftsdumping. Damit bewirkt sie eine systematische Zerstörung der afrikanischen Nahrungsmittel-Landwirtschaft.

Nehmen wir das Beispiel von Sandaga, dem grössten Alltagskonsumgütermarkt von Westafrika. Sandaga ist ein lautes, buntes, duftendes, wunderbares Universum im Herzen von Dakar. Dort kann man je nach Saison portugiesische, französische, spanische, italienische, griechische, usw. Gemüse und Früchte kaufen − und das zur Hälfte oder zum Drittel des Preises der einheimischen Produkte.
Einige Kilometer entfernt arbeitet der Wolof-Bauer mit seinen Kindern und seiner Frau unter der stechenden Sonne bis zu 15 Stunden am Tag − und hat nicht die geringste Chance, ein anständiges Minimaleinkommen zu erreichen.

Von 52 afrikanischen Ländern leben 37 fast ausschließlich von der Landwirtschaft. Wenige Menschen auf dieser Erde arbeiten so viel und unter so schwierigen/harten Bedingungen wie die westafrikanischen Bauern, die Wolof aus dem Senegal, die Bambara aus Mali, die Mossi aus Burkina-Faso oder die Bashi aus der Kivu-Region. Die europäische Landwirtschaftsdumping-Politik zerstört ihr Leben und das ihrer Kinder.

Zurück zu Frontex. Die Verlogenheit der Brüsseler Minister ist verwerflich: Einerseits verursachen sie die Hungersnot in Afrika, andererseits kriminalisieren sie die Hungerflüchtlinge.

Aminata Traoré fasst die Situation zusammen: *"Die menschlichen, finanziellen und technologischen Mittel, die das Europa der 25 Staaten gegen die Migrationsströme aus Afrika einsetzt, sind in Wahrheit die Werkzeuge eines Krieges zwischen dieser Weltmacht und wehrloser junger Afrikaner aus Stadt und Land, deren Recht auf Bildung, wirtschaftliche Information, Arbeit und Nahrung in ihren Herkunftsländern unter der strukturellen Anpassung vollkommen missachtet wird. Als Opfer makroökonomischer Entscheidungen, für die sie in keiner Weise verantwortlich sind, werden sie vertrieben, verfolgt und gedemütigt, sobald sie einen Ausweg in der Emigration suchen. Die Toten, Verletzten und Behinderten der blutigen Ereignisse von Ceuta und Melilla 2005, sowie Tausende von leblosen Körpern, die jedes Monat auf den Stränden von Mauretanien, den Kanarischen Inseln, in Lampedua oder anderswo an Land gespült werden, sind ebenso Schiffbrüchige der erzwungenen sowie der kriminalisierten Emigration."* (8)

Jean Ziegler ist Schriftsteller und Professor an der Universität Genf. Er war Sonderberichterstatter des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung. Autor von „Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn“

(1) Siehe El País, Madrid, 13. Mai 2007; „400 'sin papeles' llegan a Canarias en dos días”.
(2) Le Courrier, Genf, 10. Dezember 2006.
(3) Am 28. September 2005 töteten spanische Soldaten fünf junge Afrikaner, die den elektrischen Grenzzaun von Ceuta erklimmen wollten. Acht Tage später wurden sechs weitere junge Afrikaner unter ähnlichen Bedingungen erschossen.
(4) Human Rights Watch, 13. Oktober 2005.
(5) La Tribune de Genève, 14. Dezember 2006.
(6) Diese Zahl schliesst die in Aquakulturen beschäftigten Personen aus.
(7) Siehe Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), La situation mondiale des pêches et de l'aquaculture, Rome, 2007. http://www.fao.org/docrep/009/A0699f/A0699F04.htm#4.1.1 *Gegenüber dem Originaltext haben wir berichtigte Zahlen – von 2004 – angegeben, SiG-Redaktion.*
(8) Aminata Traoré, Rede auf dem Weltsozialforum, Nairobi, 20. Januar 2007.

http://www.monde-diplomatique.fr/2008/03/ZIEGLER/15658
Übersetzung: Manuela Zine, coorditrad

Jean Ziegler: «Ein angekündigter Massenmord»

Sind « Massenunruhen» einer der Faktoren der globalen instabilen Lage?
Dies ist zu Bejahen, denn sie sind nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt. Sie stehen nicht direkt mit klimatischen Veränderungen (Trockenheit in Australien) oder mit wirtschaftlicher Entwicklung (neue Schichten von Konsumenten in Indien oder China) in Zusammenhang. Wenn der Preis für Reis innerhalb von zwei Monaten um 52% steigt und der Preis für Getreide in vier Monaten um 84% steigt, wenn der Preis für Transporte gleichzeitig mit dem Ölpreis explodiert, stürzen zwei Milliarden Menschen bis zur Armutsgrenze ab.

Welche Konsequenzen können sich daraus ergeben?
Wenn man sich heute die ersten Auswirkungen wie die Bewachung der Reisfelder von der thailändischen Armee, den Kampf um das Brot in Ägypten und die Erschossenen in Haiti betrachtet, dann steht uns eine sehr lange Phase mit Massenunruhen, Konflikten und unkontrollierbaren, regionalen Destabilisierungswellen bevor, die durch die Hoffnungslosigkeit der am stärksten verwundbaren Bevölkerungen gebrandmarkt sind. Schon bevor die Preise so extrem gestiegen sind, starb alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren und 854 Millionen Menschen waren schwer unterernährt! Das ist ein angekündigter Massenmord. In der nördlichen Hemisphäre geben die Haushalte 10 bis 20% ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, in den ärmsten Ländern sind es 60 bis 90% des Einkommens. Es geht ums nackte Überleben.

Wo sind die Verantwortlichkeiten hierfür zu suchen?
Grundsätzlich in der Gleichgültigkeit der Herren der Welt, nämlich der reichen Länder oder der Schwellenländer. Empört sich die Öffentlichkeit über die Hungersnot im Norden von Indien genauso wie sie sich vor zwei Jahren über den Hunger der Bevölkerung von Darfour empört hat?
Wenn man in den Vereinigten Staaten aufgrund eines 6 Milliarden schweren Subventionsprogramms eine Politik zugunsten von Biokraftstoffen betreibt, die 138 Millionen Tonnen Mais vom Nahrungsmittelmarkt abzieht, schafft man durch den eigenen Durst nach Kraftstoff die Basis für Verbrechen gegen die Menschheit. Es ist verständlich, dass sich die Bush Regierung vom Einfluss der fossilen Energiequellen befreien will, aber dies destabilisiert den Rest der Welt. Und wenn die europäische Union entscheidet, den Anteil von Biokraftstoffen auf 10 % bis 2020 zu erhöhen, dann bürdet sie diese Last den kleinen bäuerlichen Betrieben in Afrika auf.
Aber es sind nicht allein die Biokraftstoffe. Die ärmsten Länder zahlen ihre Quittung an den IWF. Trotz der Schuldenerlasse hatten 122 Länder eine Schuldenbelastung von 2100 Milliarden Dollar, die sich 2007 angehäuft hatte. Die Pläne zur strukturellen Anpassung des IWF verlangen weiterhin Pflanzungen für den Export, die dazu dienen sollen, Devisen zu erwirtschaften, damit die Länder der Südhalbkugel ihre Schulden bei den Banken der Nordhalbkugel bezahlen können.
Hinzu kommen die Agrarsubventionen für den Export, die die lokalen Agrarmärkte platt walzen und schon ergibt sich eine hoch explosive Situation…

Libération vom 14. April 2008
Übersetzung: Kirsten Heininger, ehrenamtliche Übersetzerin, coorditrad

Harald Schumann

Weltagrarrat gegen die Politik der Weltbank

Drei Jahre lang haben rund 400 Experten des Weltagrarrates an einem Report zur Welternährung und zur Zukunft der Landwirtschaft gearbeitet. Das Ergebnis wurde in Paris am 15.April vorgestellt.

Welche Maßnahmen fordern die Fachleute zur Sicherung der Welternährung?

Die Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Steigerung der Produktion um jeden Preis habe zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt, urteilen die Experten. Die industrielle Landwirtschaft mit einem hohen Einsatz an Chemikalien und energieaufwändigen Düngemitteln trage stark zum Verlust fruchtbarer Böden und zur Verschärfung des Klimawandels bei. *„35 Prozent der ernsthaft degradierten Böden der Erde wurden durch die Landwirtschaft geschädigt“*, heißt es in dem Abschlussbericht. Gleichzeitig begünstige der industrielle Landbau vor allem Großbetriebe. Darum sei er für viele arme Länder und deren großteils kleinbäuerliche Bevölkerung nicht geeignet. Forschung sowie Handels- und Entwicklungspolitik müssten grundsätzlich neu ausgerichtet werden, fordern die Agrarexperten.

Höchste Priorität müsse die Förderung von Anbaumethoden haben, die den ökologischen und sozialen Bedingungen der jeweiligen Region angepasst seien. Das Fachgremium lehnt damit die bisherige Politik der Industriestaaten und der von ihnen gelenkten Weltbank klar ab. Diese setzten bislang vorrangig auf die Industrialisierung der Landwirtschaft mit dem Ziel der Exportproduktion. *„Wenn wir so weitermachen wie bisher, kann die Weltbevölkerung im nächsten halben Jahrhundert nicht mehr ernährt werden“*, warnt Robert Watson, Leiter des Projekts und Chefwissenschaftler der britischen Regierung.
Gefordert sei nicht weniger, als eine *„zweite Grüne Revolution, die den Menschen hilft und nicht wie bisher gegen, sondern mit der Natur arbeitet“,* sagt der Landwirtschaftsexperte Benedict Härlin, der für Greenpeace an den Beratungen teilnahm.

Welchem politischen Ziel dient die Arbeit dieses Weltagrarrates?

Die „Internationale Bewertung von Agrarwissenschaft und Technologie für Entwicklung“ (IAASTD), wie das Unternehmen offiziell heißt, wurde 2004 auf Initiative der Weltbank eingerichtet. Ziel war und ist eine weltweite Verständigung zwischen allen wichtigen Akteuren darüber, wie Forschung und Politik die Bauern in Entwicklungsländern am besten dabei unterstützen können, die von Armut betroffene Bevölkerung mit Nahrung zu versorgen.
Ein solcher Konsens ist vor allem für die Weltbank und die Welternährungsorganisation (FAO) wichtig, die weltweit die Arbeit der internationalen Agrarforschungszentren koordinieren. Gleichzeitig wollen die Initiatoren erreichen, dass auch die Entwicklungspolitik der Wohlstandsländer besser auf die Sicherung der Ernährung ausgerichtet wird.

Robert Watson, damals noch Forschungschef der Weltbank, hatte zuvor für die UN bereits den Internationalen Klimarat (IPCC) organisiert, der regelmäßig den Stand der Klimawissenschaft zusammenträgt.
Die Suche nach einem Konsens in Agrarfragen betrieb Watson noch intensiver als „gigantisches soziales Experiment“, wie er selbst sagt. Nicht nur Regierungen durften ihre Fachleute benennen – auch die Experten aus der Agrar- und Gentechnikindustrie und genauso die von Bauern-, Verbraucher- und Umweltorganisationen wurden mit den gleichen Rechten beteiligt. Erstmals floss damit auch das Erfahrungswissen der Bauern selbst in die Beratung ein. Die breite Beteiligung sollte dabei helfen, den klassischen Streit um Ökologie und Gentechnik in der Landwirtschaft beizulegen. Doch dieses Vorhaben ist misslungen.

Welchen Beitrag kann die Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers leisten?

Auf diese Frage geben die Fachleute des IAASTD keine abschließende Antwort. Es sei *„unklar, ob die gefundenen Vorteile auf die meisten Agrarökosysteme übertragbar und dauerhaft sind“,* schreiben die Autoren des Berichts. Kritisch sehen die Agrarberater vor allem, dass Saatgut aus gentechnisch veränderten Pflanzen stets mit teuren Patentgebühren verbunden ist. Dies schaffe für Entwicklungsländer *„prohibitive Kosten“* und verhindere die Weiterentwicklung von Saatgut durch die Bauern und öffentlich finanzierte Forscher. Das untergrabe *„lokal übliche Anbaumethoden, die die Nahrungssicherheit stärken“*, moniert der Agrarrat.

Weil die große Mehrheit der Teilnehmer diese kritische Haltung einnahm, zogen Konzerne der Agrarchemie wie Monsanto und Bayer kurz vor Schluss ihre Wissenschaftler ab. Trotz zahlreicher Kompromissformulierungen verweigerten am Ende auch die Regierungen der Agrarexportländer USA, Kanada und Australien dem Bericht ihre Zustimmung. Die Bundesregierung hatte von vornherein die Mitarbeit abgelehnt, weil das Entwicklungsministerium das Vorhaben für unnötig hielt.

Was soll sich beim Handel mit Agrarprodukten ändern?

Besonders kritisch sehen die Experten, dass viele Entwicklungsländer auf Druck der Industriestaaten *„ihre Landwirtschaft für den internationalen Wettbewerb zu schnell und zu weit geöffnet haben“*. Dies habe wegen der subventionierten Importe aus dem Norden *„langfristige negative Folgen für Armut, Ernährungssicherheit und Umwelt“* gehabt. Nötig sei eine Reform des Agrarhandels, die den Entwicklungsstand berücksichtige und die Situation von Kleinbauern verbessere.

http://www.zoomer.de/news/topthema/hungerkrise/ernaehrungskrise/artikel/was-laeuft-in-der-landwirtwschaft-schief

Fünf UN-Organisationen sind am Weltagrarrat beteiligt:
- Die Welternährungsorganisation (Food and Agricultural Organisation, FAO);
- das UN-Entwicklungsprogramm (United Nations Development Programme, UNDP); das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP);
- die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization);
- die Weltgesundheitsorganisation WHO (World Health Organization).

Der Weltagrarrat wird unter anderem von den Vereinten Nationen (UNO) und der Weltbank finanziert.

Originaltext des Berichts des Weltagrarrats:
http://www.agassessment.org/index.cfm?Page=IAASTD%20Reports&ItemID=2713

Via Campesina

Ausweg aus der weltweiten Preisspirale bei Lebensmitteln:

Die nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft kann die Welt ernähren

(Rom, 14. Februar 2008)
Auf allen Kontinenten konstatierten KonsumentInnen in den letzten Monaten die dramatische Erhöhung der Preise von Grundnahrungsmitteln, was zu großen Problemen vor allem bei den ärmsten Gesellschaftsschichten führt. Innerhalb eines Jahres ist der Preis für Weizen um das Doppelte, der für Mais um die Hälfte gestiegen.
Die Ursache für die Preissteigerung ist nicht auf Produktionseinbrüche zurückzuführen. Die Statistiken zeigen, dass 2007 mehr Getreide geerntet wurde als je zuvor (1).

Die Preise steigen aus unterschiedlichen Gründen:
Steigender Anteil an Lebensmitteln für die Herstellung von Agrartreibstoffen;
Rückgang der Weltnahrungsreserven auf ihren niedrigsten Stand seit 25 Jahren, aufgrund der Deregulierung der Märkte durch die WTO;
Missernten in Exportländern wie Australien infolge von Wetterschäden;
Preissteigerungen, ausgelöst durch Spekulationen, die auf Nahrungsmittelknappheit setzen;
zunehmender Einfluss internationaler, marktbeherrschender Konzerne auf Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln.

Die Tragödie der Agrartreibstoffe: Sie ernähren Motoren, nicht Menschen

Agrartreibstoffe (hergestellt aus Pflanzen bzw. aus Erzeugnissen der Land- oder Forstwirtschaft) werden uns als Antwort auf Ölkrise und Erderwärmung präsentiert. Dies obwohl zahlreiche WissenschaftlerInnen und Institutionen erklären, dass Energieausbeute und Umweltbilanz der Agrartreibstoffe gering bis eindeutig negativ sind. Nichtsdestotrotz stürzt sich die Wirtschaft auf diesen neuen Markt, der weltweit in direkte Konkurrenz zu dem Bedarf der Menschen an Nahrungsmitteln tritt: Die indische Regierung plant den Anbau von 14 Mio. ha Jatropha-Pflanzen, die interamerikanische Entwicklungsbank schätzt, dass in Brasilien über 120 Mio. ha für die Agrartreibstoffe verfügbar gemacht werden könnten und die Lobby der Agrartreibstoffhersteller spricht bereits von insgesamt 379 Mio. ha Anbaufläche in 15 afrikanischen Ländern (2).
Bereits 10% der Weltmaisproduktion fließen in die Ethanolherstellung, was zu steigenden Preisen führt.

Industrielle Agrartreibstoffe sind ein gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Irrweg. Ihre Herstellung muss gestoppt und das Hauptaugenmerk der landwirtschaftlichen Produktion auf die Ernährung gerichtet werden.

Nur bestimmte ProduzentInnen profitieren von den höheren Preisen

Die Rekordpreise treffen die KonsumentInnen, jedoch profitieren - erstaunlicherweise - nicht alle ProduzentInnen von den höheren Preisen. ViehhalterInnen haben große Probleme aufgrund der steigenden Tierfutterpreise, GetreidefarmerInnen sind mit steigenden Düngerpreisen konfrontiert und landlose BäuerInnen sowie LandarbeiterInnen können sich Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten. BäuerInnen verkaufen ihre Produkte weit unter den Preisen, die EndverbraucherInnen zahlen. Der spanische BäuerInnen- und ViehzüchterInnenverband COAG (Coordinadora de Organizaciones de Agricultores y Ganaderos) hat ausgerechnet, dass die Preise für die spanischen KonsumentInnen bis zu 600% über dem liegen, was die ProduzentInnen erhalten.

Die Agrarindustrie und der Großhandel sind die größten Nutznießer der gegenwärtigen Erhöhung der Lebensmittelpreise, weil sie ihre Preise weit über das notwendige Maß hinaus anheben. Würden Lebensmittel günstiger, wenn die Agrarpreise sinken? Nein, denn Nahrungsmittelkonzerne können große Produktmengen lagern, um sie auf den Markt zu bringen, wenn die Preise hoch sind, und somit Spekulationsgewinne machen.
ProduzentInnen und KonsumentInnen brauchen gerechte und stabile Preise und nicht die jetzige Instabilität! LandwirtInnen können nicht anbauen, wenn die Preise zu niedrig sind, was in den vergangenen Jahrzehnten jedoch häufig der Fall war. Sie brauchen daher marktregulierende Mechanismen, was allerdings der herrschenden WTO-Politik widerspricht.

Der Ursprung der Krise liegt im "liberalisierten" Agrarhandel

Die derzeitige Krise zeigt, dass der liberalisierte Agrarmarkt zu Hunger und Armut führt. Die Länder sind massiv abhängig von den Weltmärkten. 1992 bereits produzierten indonesische BäuerInnen nicht genug Soja für den Eigenbedarf. Tofu und Tempeh (das Fleisch der Armen), beides Sojaprodukte, zählen zu den Grundnahrungsmitteln in Indonesien. Das Übernehmen der neoliberalen Doktrin hat zur Öffnung der Grenzen für Nahrungsmittelimporte geführt, wodurch sehr billiges Soja aus den USA die indonesischen Märkte überschwemmte und die landeseigene Produktion zerstörte. Heute importiert Indonesien 60% seines Bedarfs an Sojabohnen. Im Januar 2008 haben sich aufgrund der Rekordpreise für Soja in den USA die Preise für Tofu und Tempeh innerhalb von wenigen Wochen verdoppelt, was eine landesweite Krise ausgelöst hat. Der selbe Mechanismus kommt in vielen anderen Ländern zum Tragen, wie das Beispiel des Mais in Mexiko zeigt.

Deregulierung und Privatisierung von Schutzmechanismen tragen ebenfalls zur aktuellen Krise bei. Die staatlichen Nahrungsmittelreserven wurden privatisiert und werden nun gemäß Großkonzernkriterien verwaltet. Dies bedeutet für ProduzentInnen und KonsumentInnen Spekulation statt Schutz.
Gleichzeitig sorgt das Diktat der neoliberalen Politik dafür, dass weltweit jene Instrumente abgebaut werden, die fixe Preise garantieren, wodurch ProduzentInnen und KonsumentInnen massiven Preisschwankungen ausgesetzt sind.

Ernährungssouveränität jetzt!

Angesichts des Klimawandels und des prognostizierten Bevölkerungsanstiegs bis 2050 muss in den kommenden Jahren die Weltproduktion von Lebensmitteln zunehmen. Die BäuerInnen sind dieser Herausforderung gewachsen, wie sie in der Vergangenheit bereits bewiesen haben: Die Getreideproduktion stieg schneller als das Bevölkerungswachstum, obwohl sich die Weltbevölkerung in den letzten 50 Jahren verdoppelt hat.

Für den Erhalt von Subsistenzwirtschaft, Arbeitsplätzen, Gesundheit und Umwelt muss nach Ansicht von La Via Campesina die Ernährung in den Händen einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft bleiben. Nahrungsmittel dürfen nicht von den Lebensmittelkonzernen und den großen Handelsketten kontrolliert werden.

Gentechnisch veränderte Pflanzen und industrielle Landwirtschaft schädigen Gesundheit und Umwelt. Ein Beispiel: Die von der AGRA in Afrika propagierte «neue grüne Revolution» (neues Saatgut, chemische Dünger, große Bewässerungsprogramme) wird die Krise nicht lösen, sondern vielmehr verschlimmern. Jüngste Forschungserkenntnisse beweisen umgekehrt, dass klein strukturierte Biolandwirtschaften mindestens gleich ertragreich sind wie konventionell bewirtschaftete Landwirtschaften. Manche Schätzungen sprechen sogar von der Möglichkeit mit nachhaltiger Landwirtschaft die weltweite Agrarproduktion um bis zu 50% zu steigern. (3)

Um eine schwere Lebensmittelkrise zu vermeiden, müssen Regierungen und öffentliche Einrichtungen mit ihrer Politik den weltweit wichtigsten Energielieferanten – die Nahrung - schützen!

Regierungen müssen die lokale Produktion entwickeln, steigern und schützen, um die Abhängigkeit von den Weltmärkten zu verringern. Das beinhaltet das Recht der einzelnen Länder oder Vereinigungen, Importe zu kontrollieren, und die Pflicht, jegliche Form von Nahrungsmitteldumping zu unterbinden.

Regierungen müssen Mechanismen zur Marktregulierung oder -Steuerung einrichten bzw. erhalten. Dazu gehören das Anlegen von Sicherheitsvorräten und garantierte Mindestabnahmepreise, um somit stabile Bedingungen für ProduzentInnen zu schaffen.

Henry Saragih, Haupt-Koordinator von La Via Campesina und Vorsitzender der Indonesischen BäuerInnen-Gewerkschaft erklärt: «**Die BäuerInnen brauchen Böden, um Nahrungsmittel anzubauen, und ihre Gemeinschaft, ihr Land zu ernähren**. Es ist an der Zeit echte Agrarreformen umzusetzen, damit die bäuerlichen Familien die Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen können.».

Ibrahim Coulibaly, Präsident des nationalen Bauernverbandes CNOP (Coordination Nationale des Organisations Paysannes) in Mali ergänzt: «Angesichts der stark gestiegenen Lebensmittelpreise hat unsere Regierung den Forderungen der BäuerInnen-Organisationen zugestimmt, die Schutz und Entwicklung lokaler Nahrungsmittelmärkte statt höherer Importe verlangen. **Weitere Lebensmittelimporte machen uns nur noch abhängiger von den brutalen Anstiegen oder Einbrüchen auf den Weltmärkten**.».

La Via Campesina ist überzeugt, dass die Lösung der aktuellen Lebensmittelpreiskrise in der Ernährungssouveränität liegt. Darunter wird das Recht auf eine gesunde und den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Ernährung verstanden, die mit ökologisch sinnvollen und nachhaltigen Mitteln erzeugt wurde. Ernährungssouveränität bedeutet auch das Recht der Nationalstaaten, ihre eigene Agrar- und Lebensmittelpolitik zu bestimmen, unter Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft in Drittstaaten. Das Hauptaugenmerk der Produktionssysteme und Politiken soll auf die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen gelegt werden , die Lebensmittel produzieren, verkaufen und konsumieren, und nicht auf die Forderungen von Märkten und Konzernen. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaftskreisläufe und Märkte in den Mittelpunkt. Sie unterstützt eine Landwirtschaft, die von Bauern und ihren Familienbetrieben gestaltet wird.

(1) Landwirtschaftskammer - Frankreich: http://paris.apca.chambagri.fr/
(2) Grain: www.grain.org
(3) "Shattering Myths: Can sustainable agriculture feed the world?": www.foodfirst.org

http://www.viacampesina.org/main_fr/index.php?option=com_content&task=view&id=248&Itemid=1

Via Campesina

Weltweit organisiert sich die ländliche Bevölkerung, um ihre Interessen gegen Großgrundbesitzer, Konzerne, Regierungen und internationale Institutionen zu verteidigen und durchzusetzen. Immer wieder leisten Menschen vielfältigen Widerstand: Sie besetzen Land, kämpfen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, brennen Genfelder ab, gründen Kooperativen oder bauen eigene Saatgutbanken auf. Eine treibende Kraft in diesem Prozess der bäuerlichen Selbstorganisation ist Via Campesina.

Via Campesina ist der weltweit größte Zusammenschluss von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Landarbeitern, Landlosen, Landfrauen und indigenen Gemeinschaften. Seit der offiziellen Gründung im Jahr 1993 haben sich Hunderte von Organisationen der Bewegung angeschlossen. Sie umfasst etwa 200 Millionen Menschen - von den Reisbauern und -bäuerinnen der Indonesian Peasants´ Union (FSPI) und den AktivistInnen der União Nacional de Camponeses (UNAC) in Mosambik über die europäischen LandwirtInnen der Coordination Paysanne Européenne (CPE) bis zu den LandarbeiterInnen in der Association of Caribbean Farmers´ Organisations (WINFA). In Deutschland ist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitglied.

Diese Organisationen teilen die Einschätzung, dass der zentrale Konflikt in der globalen Landwirtschaft kein Nord-Süd-Problem, sondern ein Konflikt zwischen zwei Produktionsmodellen ist: dem einer industrialisierten, exportorientierten und globalisierten Landwirtschaft im Dienste der Profitmaximierung auf der einen und dem Modell einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft auf der anderen Seite. Im Kampf für das bäuerliche Modell setzt Via Campesina auf die basisdemokratische Organisierung und Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung, auf Weiterbildung und ständige Diskussionsprozesse. Die Aktionen von Via Campesina setzten dabei auf allen Ebenen an - von der lokalen bis zur globalen. Bei Protesten gegen die Welthandelsorganisation WTO oder auf dem Weltsozialforum sind ihre grünen Kappen und Halstücher der visuelle Ausdruck eines starken transnationalen Aktivismus.

http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=879

www.viacampesina.org

Attac Deutschland Agrarnetz
Lebensmittelkrise: IWF und Weltbank an Zynismus kaum zu überbieten
Attac fordert Abkehr von neoliberaler Handels- und Agrarpolitik

Mit scharfer Kritik hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac auf die gemeinsame Erklärung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank zum Abschluss ihrer Frühjahrstagung reagiert. *"Es ist an Zynismus kaum zu überbieten, wie sich hier zwei Sensenmänner über das gefallene Gras wundern und die gestiegenen Lebensmittelpreise bedauern,"* sagte Pia Eberhardt vom Attac-Agranetz.

IWF und Weltbank stünden seit Jahrzehnten für eine systematische Vernichtung kleinbäuerlicher Existenzen. So habe der IWF die Entwicklungsländer mit Strukturanpassungsmaßnahmen gezwungen, ihre gesamte Landwirtschaft auf den Export auszurichten und für billige Importe zu öffnen. Großflächige Monokulturen verdrängten den Anbau für den Eigenbedarf sowie lokale Märkte. Billigimporte taten ihr Übriges, um den Landwirten im Süden ihre Existenz zu rauben.

"Einen Sonderpreis für Doppelzüngigkeit verdient Weltbankpräsident Robert Zoellick, wenn er darüber klagt, dass die Lebensmittelpreise wegen des Klimawandels und der damit einhergehenden Dürren steigen", ergänzte Jutta Sundermann vom Attac-Koordinierungskreis. Die Weltbank trage selbst zum Klimachaos bei, indem sie ein gigantisches Kohlekraftwerk in Indien finanziert, das die Atmosphäre mit insgesamt 700 Millionen Tonnen CO2 belasten wird.

Auch für die aktuelle Finanzkrise, die die Lebensmittelkrise noch verschärfe, seien IWF und Weltbank mitverantwortlich. Jutta Sundermann: *"Bereits jetzt zeigt sich: Seit sich mit Aktien kein großer Profit mehr machen lässt, spekulieren professionelle Anleger verstärkt mit Agrarrohstoffen. Den Preis zahlen die Armen."*

Attac kritisierte zudem die Energiepolitik der Industrieländer. Notwendig sei ein sofortiger Stopp des Agrosprit-Booms und die Abkehr von dem von IWF und Weltbank Jahrzehnte lang forcierten Wirtschaftsmodell, das natürliche Ressourcen rücksichtslos ausbeutet und das Thema Verteilungsgerechtigkeit ausklammert.

Angesichts der drohenden weltweiten Hungerkrise sind die 500 Millionen Dollar, die IWF und Weltbank als Soforthilfe versprochen haben, Attac zufolge höchstens ein Tropfen auf den heißen Stein. Statt Sonntagsreden fordern die Globalisierungskritiker eine grundlegende Veränderung der internationalen Handels- und Agrarpolitik. Pia Eberhardt: *"Ein Weltmarkt von Lebensmitteln, auf dem nur die Lidls und Nestlés dieser Welt bestehen können, wird niemals die Hungerkrise lösen können. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in Richtung Ernährungssouveränität - und zwar jetzt."*

Attac fordert im Einzelnen:

- Der Entwicklung regionaler Märkte in den Ländern des Südens und der Versorgung der heimischen Bevölkerung muss endlich Vorrang eingeräumt werden.
- Es darf keine - auch keine versteckten - Export-Subventionen für landwirtschaftliche Produkte vor allem aus dem EU-Raum und den USA in Länder des Südens mehr geben.
- Internationale Abkommen müssen Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, die eigenen Agrarmärkte zu schützen. Attac fordert einen Stopp der Verhandlungen über weit reichende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Ländern des Südens.
- Die EU muss sofort von ihrem Ziel abrücken, den Agrosprit-Anteil auf zehn Prozent zu steigern. Subventionen und Förderungen für Agrosprit-Pflanzenanbau müssen verschwinden.
- Den Energieverbrauch zu reduzieren, muss vorrangiges Ziel werden: Die Förderung energiesparender Technologien ist ebenso notwendig wie strenge Begrenzungen für den Spritverbrauch von Kraftfahrtzeugen. **14.04.2008**
  http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=876

S. auch : http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/bundesweite-ags/agrarnetz

Attac Österreich zum FAO-Gipfel
Weitere Handelsliberalisierung wird Lebensmittelkrise verschärfen

237 Bauern- und Bäuerinnenbewegungen, NGOs, Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus über 50 Ländern haben eine Erklärung an die TeilnehmerInnen des Welternährungsgipfels in Rom gerichtet, in der sie vor einer weiteren Liberalisierung des Agrarhandels warnen. WTO-Generalsekretär Pascal Lamy hatte den Abschluss der WTO Doha Runde gefordert und dies als wichtige Maßnahme gegen die weltweite Lebensmittelkrise bezeichnet. *„Eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels wie sie derzeit in der WTO Doha Runde diskutiert wird, ist keine Lösung für die globale Lebensmittelkrise – im Gegenteil. Sie wird Lebensmittelpreise noch anfälliger für Schwankungen machen, Entwicklungsländer noch mehr von Lebensmittelimporten abhängig machen und die Macht der transnational agierenden Agro-Industrie in den Agrar- und Lebensmittelmärkten verstärken."* erklärt Alexandra Strickner von Attac.

Die unterzeichnenden Organisationen – darunter auch Attac Österreich, die Gewerkschaft GMTN, die Österreichische Bergbauernvereinigung (ÖBV) – kritisieren weiter, dass die Betroffenen zum FAO-Gipfel nicht eingeladen sind. *„Die Politik trifft Entscheidungen im Profitinteresse einer Minderheit und gegen die Grundbedürfnisse von hungernden Menschen, Kleinbauern und -bäuerinnen und ArbeiterInnen im Agrarsektor weltweit"*, erklärt Irmi Salzer von der Österreichischen Bergbauernvereinigung (ÖBV).

Schutz von lokaler Nahrungsmittelproduktion muss Vorrang haben

Eine wirkliche Lösung für die aktuelle Krise im Interesse der Menschen beinhaltet:

- Politische Instrumente und Handlungsspielräume für Regierungen und für die betroffenen Menschen um ein nachhaltiges Lebensmittel- und Landwirtschaftssystem aufzubauen.
- Maßnahmen, die die Preise im Interesse von KonsumentInnen und von Kleinbauern und -bäuerinnen stabilisieren. Wichtige Bestandteile sind die Wiedereinführung bzw. der Ausbau öffentlicher Lager und die Möglichkeit Importe und Exporte zu kontrollieren.
- Öffentliche Verteilungssysteme zur Sicherheit vor Hungerkrisen.
- Eine Reform des Systems der Nahrungsmittelhilfe.

Trotz gegenteiliger Versprechungen haben die Liberalisierung der Agrarmärkte und die technologischen Rezepte der „Grünen Revolution" nicht zu weniger sondern zu mehr Hunger auf der Welt geführt. Deshalb braucht es einen Paradigmenwechsel. *„Die Antwort auf gegenwärtige und zukünftige Lebensmittelkrisen heißt Ernährungssouveränität. Die Entscheidungen über die Produktionsweise und Herkunft unserer Lebensmittel dürfen nicht in den Händen von Agroindustriekonzernen und undemokratischen Institutionen wie der WTO liegen!"*, bekräftigt Salzer.
http://www.attac.at/6544.html

S. auch: AgrarAttac Österreich, community.attac.at/agrarattac.html

Österreichische NGOs zu „Gesundheits-Check" der EU-Agrarpolitik: Vorschläge kein Beitrag zur Gesundung!

Am 20. Mai präsentiert die EU-Kommission ihren endgültigen Vorschlag zur neuerlichen Reform der europäischen Agrarpolitik, den sogenannten „Gesundheits-Check“. Im Hinblick auf die globalen Probleme muss es in der Landwirtschaft eine grundlegende Richtungsänderung geben. Doch die jetzt vorliegenden Vorschläge der Kommissarin Mariann Fischer-Boel entsprechen nicht den Notwendigkeiten für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit spielen in der europäischen Agrarpolitik weiterhin keine Rolle.

Der „Gesundheits-Check“ wird von einer breiten Allianz österreichischer Organisationen als vergebene Chance kritisiert. *„Der Kern der Vorschläge zielt auf die weitere Deregulierung des Agrarsektors ab. Damit machen die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsländer einmal mehr Politik für die europäische Agrar- und Lebensmittelindustrie und deren Exportinteressen. Diese Vorschläge bedeuten letztlich mehr Instabilität von Rohstoff- und Lebensmittelpreisen und sind somit keine Antwort auf die aktuelle Nahrungsmittelkrise“*, so Alexandra Strickner von Attac.
Die Österreichische Bergbauern- und Bergbäuerinnenvereinigung ist enttäuscht. *„Im November hat die Kommission einen ambitionierten Entwurf vorgelegt, in dem die großen Profiteure der Agrar-Direktzahlungen zur Kasse gebeten werden sollten. Übrig geblieben ist davon nichts – im Gegenteil! Auch die schrittweise Anhebung der Milchquoten ist ein falsches Signal. Sie führt zu einem Überangebot an Milch und gefährdet damit die Existenz der klein- und bergbäuerlichen Milchbetriebe,“* beklagt Irmi Salzer von der ÖBV-Via Campesina Austria.
Auch aus der Sicht von Umweltschutzorganisationen ist der Vorschlag abzulehnen. Kernpunkt der Kritik ist die zukünftige Abschaffung der verpflichtenden Flächenstilllegung: *„Die EU-Kommission betrachtet die Themen Umwelt und Artenvielfalt als unbedeutende Randerscheinungen der Landwirtschaftspolitik. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft muss den Umweltschutz in ihr Zentrum setzen. Will die EU ihr Ziel erreichen, bis 2010 den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, hat sie mit den Brachen ein unentdecktes As im Ärmel, das sie nicht fahrlässig wegwerfen sollte",* so Jens Karg, Landwirtschaftssprecher von GLOBAL 2000.
Entwicklungspolitische NGOs sind nicht nur enttäuscht sondern alarmiert. *„Der Health Check ignoriert jegliche Kohärenz zwischen EU-Agrarpolitik und der Entwicklungspolitik mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. EU-Agrarprodukte werden weiterhin zu de facto Dumpingpreisen in Länder des Südens exportiert und gefährden oder vernichten dort Existenzen von Kleinbauern und insbesondere von Kleinbäuerinnen. Die Anhebung der Milchquoten wird zum Sinken des Milchpreises am Weltmarkt führen – wieder auf Kosten von Kleinbetrieben, insbesondere Frauenbetrieben. Auch in der EU wird Geschlechtergerechtigkeit bei der Ressourcenverteilung außer Acht gelassen.“,* so Eva Lachkovics vom Women in Development (WIDE)- Netzwerk Österreich.
„Im Gesundheits-Check hätte die soziale Verantwortung der europäischen Landwirtschaft verankert werden können. Dass landwirtschaftliche Betriebe Sozialstandards einhalten müssen und dies als Förderungsvoraussetzung gilt, betrachten wir als Minimalforderung. Der Kommission scheint jedoch nicht einmal das Befolgen bereits bestehender Gesetze ein Anliegen zu sein“, geht Gerhard Riess von der Gewerkschaft Metall Textil Nahrung (GMTN) hart mit den Kommissionsvorschlägen ins Gericht.

Die NGO-Allianz hat bereits im November ein Forderungspapier an die EU-Kommission geschickt, in dem die Notwendigkeiten für eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Agrarpolitik dargelegt werden.

http://www.attac.at/6501.html

Saatgutsammlungen -Rückendeckung für Biopiraterie?

Aus: Kaperbrief Nr. 8 * 10/2006 Seite 3

Seit den 60er Jahren haben die 16 internationalen Agrarforschungsinstitute riesige Sammlungen eingerichtet, in denen tausende Saatgutmuster von Weizen, Mais, Reis und vielen anderen Pflanzen aufbewahrt werden, um sie für zukünftige Generationen zu erhalten – Genbanken genannt.
Gen-Erosion sollte so gestoppt werden. Die Sammlungen bilden ein Reservoir genetischer Vielfalt, um immer wieder neue Pflanzensorten züchten zu können – denn dazu sind die Forscher auch heutzutage noch auf die alten Sorten angewiesen.

Öffentliche und private Sammlungen
Die internationalen Genbanken sind öffentliche Institutionen und seit 1994 unter dem Dach der Welternährungsorganisation FAO zusammengefasst. In einzelnen Staaten gibt es weitere nationale Genbanken, in Deutschland zum Beispiel in Gatersleben und in Braunschweig. Bei öffentlichen Institutionen ist es zumindest dem Grunde nach möglich, Einblick zu bekommen und seitens der Politik Regeln vorzugeben, die im Interesse der Gesellschaften dieser Welt sind. Allerdings werfen auch solche Genbanken eine Reihe von Fragen auf: u.a. wie da die BäuerInnen behandelt werden, von denen das Saatgut ursprünglich gesammelt wurde. Waren sie nicht einst im Besitz des Saatguts?
Bei den Saatgutsammlungen in den zahlreichen öffentlichen und konzerneigenen Genbanken ist heute jedoch die entscheidende Frage, wer darüber verfügt und nach welchen Prinzipien dies geschieht.
Bei den konzerneigenen Sammlungen ist nicht einmal bekannt, was sie genau enthalten. Außerdem unterliegen sie der alleinigen Verfügungsmacht der Saatgutkonzerne, sind also kommerziellen Interessen unterworfen.

Theorie und Praxis
Die öffentlichen Genbanken unterliegen eigentlich völkerrechtlichen Regeln, etwa nach der Biodiversitätskonvention und dem Internationalen Saatgutvertrag. Diese Verträge jedoch haben bis heute keinerlei Durchsetzungsinstrumente. Es werden zwar Prinzipien definiert, z.B. den allgemeinen ‚freien’ Zugang und den Vorteilsausgleich bei kommerzieller Nutzung zu beachten, aber praxisrelevant sind diese Prinzipien nicht. Weiterhin sind Patente und andere geistige Eigentumsrechte nur auf das abgegebene Material verboten. Züchtet jedoch z.B. Bayer Crop Science mit Hilfe von Samen aus einer Genbank neues Saatgut, kann es sich dieses sortenrechtlich schützen lassen. Auch wenn die neue Saat zu großen Teilen auf alten Sorten beruht und jahrhunderter alter Züchtung von KleinbäuerInnen entstammt.

Schlupflöcher für Biopiraten?
Die ETC-Group aus Kanada deckte bereits in den 90er Jahren Fälle auf, in denen Samen von Kichererbsen aus Indien nach Australien weitergegeben wurde und australische Züchter daraufhin Sortschutz auf diese Erbsen anmeldeten. Das Internationale Reisforschungsinstitut IRRI, eines der 16 internationalen Institute und der Verwalter der Reis-Genbank wird z.B von thäiländischen Organisationen der Beihilfe zur Biopiraterie beschuldigt, weil es nicht verhindert hat, dass amerikanische Forscher an thailändischem Jasminreis forschen und ihn in den USA anbaufähig machen wollen. Dadurch würde den thailändischen KleinbäuerInnen eine wichtige Exportfrucht verloren gehen. Der Biopiraterie werden auch durch Genbanken die Türen geöffnet.
Aber es geht auch anders: Ein Projekt war z.B. das CBDC (Community Biodiversity Development and Conservation Programme), zu dem sich Gruppen vor allem des globalen Südens (aus Burkina Faso, Sierra Leone und Zimbabwe, Kolumbien, Peru und Chile, Thailand, Vietnam und von den Philippinen) zusammengeschlossen hatten. Sie unterstützten sich in der Erhaltung und Nutzung genetischer Ressourcen, behielten sich aber das Recht vor, die Herausgabe zu verweigern. Eine Variante, die vor schleichender Enteignung und Biopiraterie schützen soll, mit Anregungen für die zukünftige Arbeit.

http://www.biopiraterie.de/

F. William Engdahl

Der "Tresor des jüngsten Gerichts" in der Arktis

Gates, Rockefeller und die GMO-Giganten wissen mehr als wir.

Eines kann man dem Microsoft-Gründer Bill Gates nicht vorwerfen, und das ist Faulheit. Mit vierzehn Jahren konnte er bereits programmieren, mit zwanzig gründete er, noch als Harvard Student, seine Firma Microsoft. 1995 stand der Hauptaktionär von Microsoft ganz oben auf der Liste des Forbes-Instituts als reichster Mann der Welt. Microsoft hatte es in einem unaufhaltsamen Feldzug geschafft, seine Software auf nahezu allen Personalcomputern der Welt zu installieren.
Die meisten Menschen würden in solch einer Situation daran denken, sich auf eine ruhige Pazifikinsel zurückzuziehen – nicht so Bill Gates. Seit 2006 konzentriert er seine Energie auf die Bill & Melinda Gates Foundation, die sich selbst als größte „transparente“ private Stiftung bezeichnet, mit einem sagenhaften Stiftungsvermögen von 34,6 Milliarden Dollar und der Vorgabe, jedes Jahr 1,5 Milliarden für wohltätige Zwecke auf der ganzen Welt auszuschütten, um den Status der Gemeinnützigkeit und damit der Steuerbefreiung zu bewahren. 2006 bescherte das Geschenk eines Freundes und Geschäftspartners, des Großinvestors Warren Buffett – Anteile an Buffetts Berkshire Hathaway mit einem geschätzten Wert von 30 Milliarden Dollar – der Gates-Stiftung den Aufstieg in eine Größenordnung, in der sie ebensoviel Geld vergibt, wie es der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen in einem Jahr zur Verfügung steht.
Wenn sich Bill Gates nun entscheidet, 30 Millionen Dollar seines hart verdienten Geldes in ein Projekt zu investieren, dann lohnt es, sich die Sache genauer anzusehen.

Und nichts ist momentan aufschlussreicher als seine Beteiligung an einem seltsamen Vorhaben in einem entfernten Winkel der Erde, auf Spitzbergen. Hier investiert Bill Gates, mitten im arktischen Meer, tausend Kilometer vom Nordpol entfernt, einige Millionen Dollar in eine Samenbank. Spitzbergen, die Hauptinsel des Svalbard-Archipels, ist ein karger Felsen im Arktischen Meer, von Norwegen beansprucht und dem Land seit 1925 durch internationale Verträge überlassen. Auf diesem gottverlassenen Eiland steckt Bill Gates sein Geld, gemeinsam mit der Rockefeller-Stiftung, der Monsanto Corporation, der Syngenta-Stiftung und der norwegischen Regierung, um nur einige zu nennen, in ein Unternehmen, das als „Tresor des jüngsten Gerichts“ bezeichnen wird. In der offiziellen Sprachregelung heißt es „Svalbard globaler Saatgut-Tresor auf der norwegischen Insel Spitzbergen, Teil der Svalbard-Insel-Gruppe“.

Diese Samenbank wird sich im Innern eines Berges befinden, der auf Spitzbergen in der Nähe der kleinen Stadt Longyearbyen liegt. Seinen Konstrukteuren zufolge ist der Bunker schon so gut wie betriebsbereit. Er ist mit doppelten, explosionssicheren Türen und Bewegungsmeldern gesichert, außerdem mit Luftschleusen und Stahlbetonwänden von einem Meter Dicke. In ihm sollen mehr als drei Millionen Pflanzensamen aus allen Teilen der Welt gelagert werden, um, so die Norwegische Regierung, „die Sortenvielfalt der Feldfrüchte für die Zukunft zu sichern.“ Durch spezielle, wasserdichte Verpackung sollen die Samen vor Feuchtigkeit geschützt werden. Zwar wird es keinen Wachdienst geben, doch die Unzugänglichkeit des Ortes soll die Sicherheit des Tresors vor unerlaubtem Zugriff gewährleisten.
Fehlt hier nicht irgendetwas? Die Presseerklärung lautet: „um die Vielfalt der Feldfrüchte für die Zukunft sicherzustellen.“ Aber welche Zukunft sehen die Sponsoren dieses Saatgut-Tresors voraus, die einen Zugang zu den auf der Welt verbreiteten Kulturpflanzen bedrohen würde? Zumal fast alle Samen schon heute in gut geschützten Samenbanken überall auf der Welt gesammelt und gelagert werden.
Wenn aber Bill Gates, die Rockefeller-Stiftung, Monsanto und Syngenta sich zu einem gemeinsamen Projekt zusammenfinden, dann lohnt es sich, ein bisschen tiefer in die Felsen von Spitzbergen vorzudringen. Und tatsächlich eröffnen sich hier einige faszinierende Zusammenhänge.

Der erste bemerkenswerte Punkt sind die Sponsoren dieses „Tresors des jüngsten Gerichts“. Außer Norwegen beteiligen sich, wie bereits erwähnt, die Bill & Melinda Gates Foundation; der US-Agribusiness-Gigant DuPont Pioneer Hi-Breed, einer der größten Inhaber von Patentrechten auf gentechnisch veränderte Pflanzen (GMO) und die entsprechenden Pestizide; Syngenta, Schweizer Großproduzent von GMO-Samen und Agrochemie, vertreten durch die Syngenta-Stiftung; die private Rockefeller-Stiftung, die seit den 70er Jahren die „Gen-Revolution“ mit mehr als 100 Millionen Dollar Gründungskapital initiiert hat; und CGIAR, ein globales, von der Rockefeller-Stiftung in Leben gerufenes Netzwerk, das ihre Vorstellungen von „genetischer Reinheit“ durch den Wandel der Landwirtschaft vorantreiben soll.

CGIAR und „Das Projekt“

Wie ich in meinem Buch „Saat der Zerstörung“ 1 ausführlich beschrieben habe, gründeten die Rockefeller-Stiftung 1960 mit dem Landwirtschaftlichem Entwicklungsrat (John D. Rockefeller III.s Agriculture Development Council) und der Ford-Stiftung mit vereinten Kräften das Internationale Reisforschungsinstitut (International Rice Research Institute, IRRI) in Los Baños auf den Philippinen. 1971 schlossen sich das von der Rockefeller-Stiftung betriebene IRRI und ihr in Mexiko ansässiges Internationales Zentrum für die Verbesserung von Weizen und Mais (International Center for Wheat and Maize Improvement, CIMMYT), sowie das von der Ford- und Rockefeller-Stiftung gegründete Internationale Forschungszentrum für tropische Landwirtschaft (International Research Center for Tropical Agriculture, IITA) in Nigeria zu einem globalen Netzwerk zusammen, einer Beratergruppe für Internationale Agrarforschung (Consultative Group of International Agricultural Research, CGIAR).
In einer Serie von privaten Konferenzen im Tagungszentrum der Rockefeller-Stiftung in Bellagio, Italien, nahm die CGIAR Gestalt an. Die wichtigsten Teilnehmer der Konferenzen waren George Harrar für die Rockefeller-Stiftung, Forrest Hill für die Ford-Stiftung, Robert McNamara für die Weltbank und Maurice Strong, der für die Rockefeller-Familie tätige Umweltschutzorganisator, der als Vermögensverwalter der Stiftung die erste UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm organisiert hatte. Die CGIAR war Teil der jahrzehntelangen Strategie der Rockefeller-Stiftung, die Wissenschaft in den Dienst der Eugenik zu stellen, einem abscheulichen Werkzeug zur 'Rassenhygiene', auch „Das Projekt“ genannt.
Die CGIAR baute ihren Einfluss aus, auf die FAO, auf das Entwicklungsprogramm der UN und auf die Weltbank. Durch eine akribisch geplante Strategie der Einflussnahme mit gezielten Anschubfinanzierungen schaffte es die Rockefeller-Stiftung seit Anfang 1970, der globalen Landwirtschaftspolitik eine neue Form zu geben.
Durch großzügig von Rockefeller und Ford finanzierte Studienprogramme brachte die Beratergruppe CGIAR führende Agrarwissenschaftler und Agronomen der Dritten Welt in die USA, um sie auf moderne Produktionsformen des Agribusiness einzuschwören, die sie dann in ihren Heimatländern durchsetzen sollten. Auf diese Weise schuf man ein unbezahlbares Netzwerk, um dem US-Agribusiness Zugang zu neuen Märkten zu verschaffen, besonders, was die

Durchsetzung der „gentechnischen Revolution“ in den Entwicklungsländern betraf. Und alles im Namen von Wissenschaft, Effizienz und freiem Handel.

Die gentechnische Produktion einer Herrenrasse?

Vor diesem Hintergrund wird die Samenbank von Svalbard schon etwas interessanter. Bei dem oben erwähnten geheimnisvollen „Projekt“ handelt es sich um den Plan der Rockefeller-Stiftung und anderer mächtiger Finanziers, seit den 20er Jahren die Idee einer gentechnisch konstruierten Herrenrasse mithilfe der Eugenik, später in Genetik umbenannt, zu rechtfertigen. Hitler und die Nazis nannten es die arische Herrenrasse.

Die Eugenik des Hitler-Faschismus wurde zum größten Teil von derselben Rockefeller-Stiftung finanziert, die heute am „Tresor des jüngsten Gerichts“ beteiligt ist, um die Proben aller Samen unseres Planeten einzulagern. Jetzt wird die Sache wirklich spannend. Dieselbe Rockefeller-Stiftung entwickelte die pseudowissenschaftliche Disziplin der Molekularbiologie, die das menschliche Leben unbarmherzig auf eine „bestimmte Gensequenz“ zu reduzieren sucht, um diese so zu manipulieren, dass sich damit auch menschlichen Eigenschaften beeinflussen lassen. Hitlers Eugenikforscher, von denen viele nach dem Krieg stillschweigend in die USA gebracht wurden, damit sie ihre biologischen Eugenikforschungen weiterführen konnten, legten den Grundstein für die gentechnische Veränderung verschiedener Lebensformen. Viele dieser Forschungen waren öffentlich gefördert worden, bis hin zu großzügigen Spenden der Rockefeller-Stiftung an das Dritte Reich.2

Dieselbe Rockefeller-Stiftung schuf die so genannte Grüne Revolution. Der Plan dafür entstand während einer Reise nach Mexiko, die Nelson Rockefeller 1946 zusammen mit Henry Wallace unternahm, der im New Deal für die Landwirtschaft zuständig war und später die Saatgutfirma Pioneer Hi-Breed gründete.

Die „Grüne Revolution“ gab vor, das Problem des Hungers in der Welt zu lösen, in einem ersten Schritt in Mexiko, Indien und anderen ausgewählten Ländern, in denen die Rockefeller-Stiftung aktiv war. Der Agronom der Stiftung, Norman Borlaug, bekam für seine Arbeit den Friedensnobelpreis – nichts worauf man noch stolz sein könnte, nachdem auch Henry Kissinger ihn bekommen hat.

Tatsächlich stellte sich wenig später heraus, dass die „Grüne Revolution“ eine ausgezeichnete Strategie der Rockefellerfamilie war, um ein globales Agribusiness zu entwickeln, das sich genauso monopolisieren ließ, wie sie es mit der Ölindustrie ein halbes Jahrhundert zuvor getan hatte. Ganz so wie Henry Kissinger es 1972 formulierte: „Wer das Öl kontrolliert, der kontrolliert das Land, wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert das Volk.“

Agribusiness und Rockefellers "Grüne Revolution" entwickelten sich Hand in Hand. Sie waren Teil einer langfristigen Strategie, die, nur einige Jahre später, zu der von der Rockefeller-Stiftung finanzierten Forschung zur Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere führte.

John H. Davis war in den 50er Jahren stellvertretender Landwirtschaftsminister unter Präsident Eisenhower. 1955 verließ er Washington, um sich in das Fortbildungsprogramm für Wirtschaft in Harvard (Graduate School of Business) einzuschreiben, zur damaligen Zeit ein ungewöhnliches Studium für einen Agrarexperten. Doch er hatte eine klare Strategie. 1956 veröffentlichte Davis einen Artikel in der Harvard Business Review: „Der einzige Weg, um das so genannte Farmproblem ein für allemal zu lösen und schwerfällige Regierungsprogramme zu umgehen, ist die Entwicklung der Landwirtschaft hin zum Agribusiness.“ Er wusste genau, was er damit meinte, auch wenn ihn damals nur wenige wirklich verstanden: eine Revolution der landwirtschaftlichen Produktion, die einigen multinationalen Konzernen die Kontrolle über die Nahrungskette verschaffen würde und ein Ende der traditionellen bäuerlichen Familienbetriebe bedeutete.3

Ein entscheidender Aspekt, der die Interessen der Rockefeller-Stiftung und anderer US-Agribusiness-Firmen bestimmte, war die schnelle Verbreitung des neuen Hybrid-Saatguts auf den expandierenden Märkten. Ein wesentliches Merkmal der Hybrid-Saat ist ihre begrenzte Fortpflanzungsfähigkeit. Hybride haben einen eingebauten Schutz gegen Vermehrung. Im Gegensatz zur normal befruchteten Spezies, bei der die Erträge denen der Elterngeneration gleichen, ist der Ertrag aus den Samen der Hybride deutlich geringer als bei der ersten Generation. Für die Saatgutlieferanten ist entscheidend, dass die Bauern jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen, um gleichbleibende Erträge zu erzielen. Zudem verhindert der verminderte Ertrag der zweiten Generation den freien Handel mit Saatgut, was oft ohne Genehmigung der Züchter passierte. Hybride verhindern die Verbreitung von kommerziellem Saatgut durch Zwischenhändler. Wenn die großen multinationalen Saatgutfirmen in der Lage sind, die Zuchtlinien ihrer Hybride zu sichern und zu kontrollieren, dann ist weder ein Bauer, noch ein anderer Wettbewerber in der Lage, solche Hybride zu produzieren. Die globale Konzentration der Patente für Hybrid-Saatgut auf eine Handvoll gigantischer Saatgutfirmen, angeführt von DuPonts Pioneer Hi-Bred und Monsantos Dekalb, schufen die Grundlage für die der „Grünen Revolution“ folgende „Revolution mit gentechnisch verändertem Saatgut“.4

Tatsächlich stürzte die Einführung der modernen amerikanischen Landwirtschaftstechnologien, der chemischen Düngemittel und des kommerziell produzierten Hybrid-Saatguts die Bauern der Entwicklungsländer, vor allem die wohlhabenden, in die Abhängigkeit von ausländischen, meist amerikanischen Angribusiness- und Petrochemiefirmen. Das war der erste Schritt in einer von langer Hand sorgfältig geplanten Entwicklung.

Unter dem Banner der „Grünen Revolution“ verschaffte sich das Agribusiness einen Zugang zu Märkten, die bis dahin für die US-Exporte begrenzt waren. Diese Entwicklung wurde später als „marktorientierte Landwirtschaft“ bezeichnet. Tatsächlich war es eine vom Agribusiness kontrollierte Landwirtschaft.

Mit der „Grünen Revolution“ entwickelte und unterstützte die Rockefeller-Stiftung, später gemeinsam mit der Ford-Stiftung, die außenpolitischen Ziele der USAID (United States Agency for International Development) und der CIA.

Ein weiterer Effekt der „Grünen Revolution“ war die Vertreibung der Kleinbauern aus den ländlichen Gegenden in die Slums der Vorstädte, wo sie verzweifelt nach einem neuen Broterwerb suchten. Und dies war kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern Teil eines Plans: der Schaffung einer Reservearmee billiger Arbeitskräfte für die expandierenden multinationalen US-Fabriken, die so genannte Globalisierung der vergangenen Jahre.

Während die Werbekampagnen für die „Grüne Revolution“ langsam verstummten, stellte sich heraus, dass die Resultate anders aussahen als die Versprechungen. Durch den wahllosen Einsatz von Pestiziden waren vielfach ernste Gesundheitsprobleme entstanden. Die Monokulturen des neuen Hybrid-Saatguts verringerte die Fruchtbarkeit der Böden, und nach einer gewissen Zeit sanken die Erträge. Anfangs waren die Ergebnisse beeindruckend gewesen: doppelte oder sogar dreifache Ertragsmengen bei einigen Getreidesorten wie Weizen und auch bei Mais in Mexiko. Doch die Erfolge hielten nicht lange an.

Charakteristisch für die „Grüne Revolution“ war, dass sie von großen Bewässerungsprojekten begleitet wurde. Mit Krediten der Weltbank errichtete man gewaltige neue Talsperren, die bewohntes Gebiet und fruchtbares Ackerland überfluteten. Außerdem brachte der neue Super-Weizen nur hohe Erträge, wenn der Boden mit Düngemitteln geradezu gesättigt wurde. Die Grundstoffe des Kunstdüngers sind Stickstoff und Erdöl, Zutaten, die von den „Sieben Schwestern“ geliefert wurden, den führenden, von Rockefeller dominierten Mineralölgesellschaften.

Die gigantischen Mengen an Pflanzenschutz- und Unkrautvernichtungsmittel, die zum Einsatz kamen, verschafften den Öl- und Chemiegiganten neue Märkte – oder wie es ein Kritiker ausdrückte: die „Grüne Revolution“ war tatsächlich vor allem eine

chemische Revolution. Von Anfang an waren die Entwicklungsländer nicht in der Lage, für die Mengen an chemischen Düngemitteln und Pestiziden selbst aufzukommen. Stattdessen erhielten sie großzügige Kredite von der Weltbank sowie gezielte Darlehen der Chase Manhattan Bank und anderer großer New Yorker Geldinstitute, abgesichert durch Regierungsbürgschaften.
In viele Entwicklungsländer vergeben, gingen diese Kredite in den meisten Fällen an die Großgrundbesitzer. Die Kleinbauern befanden sich in einer noch schwierigeren Lage. Oft konnten sie sich das moderne Set aus Saatgut, chemischem Dünger und Pestiziden nicht leisten und liehen sich das Geld dafür.
In manchen Entwicklungsländern gab es zuerst noch Regierungsprogramme, die an einige Bauern Kredite vergaben. Diejenigen, die nicht an den Programmen teilhatten, liehen sich privates Geld. Aufgrund der Wucherzinsen, hatten die Kleinbauern aus den höheren Erträgen oft keinen Nutzen. Oft mussten sie vielmehr die gesamte Ernte verkaufen, um Zinsen und Darlehn zu tilgen. Sie wurden von Geldgebern und Händlern abhängig und verloren ihr Land. Aber auch bei den günstigen Regierungsdarlehen diente die Ernte nicht mehr dem Eigenbedarf, sondern dem Verkauf auf dem Markt.5
Seit Jahrzehnten sind es dieselben Interessen, die die Rockefeller-Stiftung zuerst die „Grüne Revolution" propagieren ließ, und nun eine zweite, die „Gen-Revolution", wie der Präsident der Rockefeller-Stiftung, Gordon Conway sie einige Jahre zuvor taufte. Es geht um die Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft und kommerzieller Produktionsmittel, einschließlich gentechnisch manipulierten und patentierten Saatguts.

Gates, Rockefeller und eine „Grüne Revolution" in Afrika

Erinnert man sich an den wahren Hintergrund der in den 50er Jahren von der Rockefeller-Stiftung inszenierten „Grünen Revolution", so mutete es höchst seltsam an, dass dieselbe Stiftung nun, zusammen mit der Gates-Stiftung, Millionen Dollar investieren will, um das Saatgut der Welt für den „Tag des jüngsten Gerichts" zu bewahren, während sie gleichzeitig Millionen Dollar in ein Projekt investieren, das sie „Allianz für eine grüne Revolution in Afrika", AGRA, nennen.
Denn auch hier spielt wieder dieselbe Rockefeller-Stiftung eine entscheidende Rolle. Das bestätigt ein Blick auf die Liste der Führungsriege. Niemand anders als der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan hat den Vorsitz der AGRA übernommen und erklärte bei seiner Antrittsrede auf einem Weltwirtschaftsforum in Cape Town, Südafrika, im Juni 2007: „Ich nehme diese Herausforderung an und danke der Rockefeller-Stiftung, der Bill & Melinda Gates-Stiftung und allen anderen, die unsere Afrika-Kampagne unterstützen."
Zum Aufsichtsrat der AGRA gehört der Südafrikaner, Strive Masiyiwa, gleichzeitig Treuhänder der Rockefeller-Stiftung, weiter gehören dazu: Sylvia M. Mathews von der Bill & Melinda Gates-Stiftung; Mamphela Ramphele, von 2000 bis 2006 geschäftsführende Direktorin der Weltbank; Rajiv J. Shah von der Gates-Stif-tung; Nadya K. Shmavonian von der Rockefeller-Stiftung; Roy Steiner von der Gates-Stiftung. Außerdem gehören zur AGRA Gary Toenniessen, Direktor für „Food security" bei der Rockefeller-Stiftung und Akinwumi Adesina, Co-Direktor der Rockefeller-Stiftung. Um die Mannschaft komplett zu machen, arbeiten am Programm der AGRA außerdem Peter Matlon, Geschäftsführer der Rockefeller-Stiftung; Joseph DeVries, Leiter des Programms für Afrikanische Saatsysteme und Co-Direktor der Rockefeller-Stiftung. Genau wie die alte verfehlte „Grüne Revolution" in Indien und Mexiko, hat auch die neue afrikanische für die Rockefeller-Stiftung höchste Priorität.
Während sie sich bisher zurückhielten, hoffen Monsanto und andere GMO-Agribusiness-Riesen nun, mithilfe von Kofi Annans AGRA, ihre patentierte Gensaat über ganz Afrika zu verbreiten, alles unter dem trügerischen Label „Biotechnologie", einem neuen Euphemismus für gentechnisch verändertes und patentiertes Saatgut. Bisher ist Südafrika das einzige afrikanische Land, in dem der Anbau von GMO-Saat gestattet ist. 2003 erlaubte Burkina Faso erste Versuche mit GMO-Pflanzen. Im Herkunftsland von Kofi Annan, in Ghana, wurde 2005 ein Gesetzentwurf zur Biosicherheit vorgelegt und von offizieller Seite die Bereitschaft signalisiert, weitere Forschungen mit GMO-Saat zu betreiben.
Afrika ist also das nächste Ziel einer Kampagne der US-Regierung, gentechnisch manipuliertes Saatgut weltweit einzuführen. Seine fruchtbaren Böden machen es zum idealen Kandidaten. Es überrascht nicht, dass die Regierungen vieler afrikanischer Staaten von den GMO-Sponsoren nichts Gutes erwarten, eine Vielzahl von Gentechnikversuchen und Projekten zur Biosicherheit wurden in Afrika mit dem Ziel initiiert, die Gentechnik in die afrikanische Landwirtschaft einzuführen. Dazu gehören auch Förderprogramme zur Ausbildung afrikanischer Wissenschaftler im Bereich Gentechnik und Biosicherheits der US-Regierungsagentur für Internationale Entwicklung (United States Agency for International Development, USAID) und der Weltbank; die Genforschung will auch die einheimische afrikanische Nahrungsmittelproduktion in das Geschäft hineinziehen.
Schon seit Jahren fördert die Rockefeller-Stiftung Projekte, die gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Feldern Afrikas verbreiten sollen. So unterstützte sie eine Untersuchung für den Anbau gentechnisch manipulierter Baumwolle in der Ebene von Makhathini in Südafrika.
Monsanto hat sich bereits fest auf dem südafrikanischen Saatgutmarkt etabliert, sowohl mit Hybrid- als auch mit GMO-Saatgut. Nun hat sich die Firma eine geschickte Kampagne einfallen lassen. Unter dem Titel „Same der Hoffnung" unterstützt sie eine geringe Anzahl von armen Kleinbauern mit ihrem Set für die „Grüne Revolution", worauf dann natürlich Monsantos patentiertes GMO-Saatgut folgt. 6
Die schweizerische Syngenta AG, einer der „Vier Reiter der GMO-Apokalypse", steckt einige Millionen Dollar in eine Treibhausanlage in Nairobi, um dort schädlingsresistenten GMO-Mais zu entwickeln. Auch Syngenta ist Teil der CGIAR.7

Zurück nach Svalbard

Doch was bringt nun die Gates- und Rockefeller-Stiftungen dazu, einerseits die Ausbreitung von patentiertem und möglicherweise bald mit Terminator-Technologie manipuliertem Saatgut voranzutreiben – ein Prozess, der wie bereits in anderen Teilen der Welt die Pflanzenvielfalt zerstören wird, sobald sich die industrialisierten Monokulturen des Agribusiness durchgesetzt haben – , während sie andererseits Millionen von Dollar investieren, um jede einzelne Samenvariante in einem bombensicheren Tresor nahe dem Nordpol zu konservieren, um „die Vielfalt der Feldfrüchte für die Zukunft zu sichern", so ihr offizielles Statement.
Es ist mit Sicherheit kein Versehen, dass die Rockefeller- und Gates-Stiftung mit vereinten Kräften in Afrika eine genmanipulierte „Grüne Revolution" starten, während sie in aller Stille gleichzeitig einen „Tresor des jüngsten Gerichts" in Svalbard finanzieren. Denn auch die GMO-Giganten des Agribusiness sind in Svalbard mit von der Partie.
Tatsächlich beschwört das ganze Svalbard-Unternehmen einschließlich der beteiligten Personen die schlimmsten Katastrophenszenarien, so wie Michael Crichtons Science-Fiction-Bestseller „Andromeda-Art", wo eine tödliche Seuche außerirdischen Ursprungs, eine tödliche Blutgerinnung, die gesamte Menschheit bedroht. In Svalbard wird die bestgesicherte Samensammlung der Zukunft von den Polizisten der Gentechnik und der „Grünen Revolution" bewacht – der Rockefeller- und der Gates-Stiftung, Syngenta, DuPont und der CGIAR.
Für das Svalbart-Projekt hat sich eine Organisation unter dem Namen Global Crop Diversity Trust, GCDT (Globaler Zusammenschluss für Kulturpflanzenvielfalt) gegründet. Wer verbirgt sich hinter solch Ehrfurcht gebietendem Konsortium über das gesamte Saatgut des Planeten? Die GCDT wurde gegründet von der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und von Biodiversity International (dem früheren Internationalen

Institut für pflanzengenetische Ressourcen), einem Ableger der CGIAR.
Der Global Crop Diversity Trust hat seinen Sitz in Rom. Vorstandsvorsitzende ist Margaret Catley-Carlson, eine Kanadierin, die auch im Beirat der „Group Suez Lyonnaise des Eaux“ vertreten ist, einer der weltgrößten privaten Wasserfirmen. Bis 1998 war Margaret Catley-Carlson auch Präsidentin des in New York ansässigen Bevölkerungsrates, der von John D. Rockefeller gegründeten Organisation zur Reduzierung der Weltbevölkerung – 1952 gegründet, um das Eugenik-Programm der Rockefeller-Familie unter dem Deckmantel der „Familienplanung“ durchzusetzen, mit Kampagnen zur Geburtenkontrolle und Sterilisation in den Entwicklungsländern.
Ein anderes Vorstandsmitglied des GCDT ist Lewis Coleman, ehemalige Führungskraft der „Bank of Amerika“ und zurzeit Chef der „Hollywood Dream Works Animation“. Coleman ist außerdem leitendes Vorstandsmitglied der „Northrop Grumman Corporation“, einem der größten amerikanischen Rüstungskonzerne, die das Pentagon beliefern.
Jorio Dauster ist gleichzeitig Vorstandvorsitzender der "Brasil Ecodiesel". Er ist ehemaliger Botschafter Brasiliens in der EU und Chefunterhändler für die Auslandsverschuldung im brasilianischen Finanzministerium. Dauster war außerdem Präsident des brasilianischen Kaffee-Instituts und Koordinator für die Reform des brasilianischen Patentrechts, mit dem Ergebnis der Vergabe von Patenten auf gentechnisch veränderte Organismen, die bis dahin die brasilianische Gesetzgebung verboten hatte.
Cary Fowler ist der geschäftsführende Direktor der GCDT. Fowler war Professor und Forschungsdirektor in der Abteilung für Internationale Umwelt- und Entwicklungsstudien an der Norwegischen Universität für Biowissenschaften und leitender Berater des Generaldirektors von „Biodiversity International“. In dieser Funktion vertritt er die Future Harvest Centres der Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (Consultative Group of International Agricultural Research, CGIAR) in den Verhandlungen um den internationalen Saatgutvertrag (International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, ITPGRFA). In den 90er Jahren leitete er das Internationale Programm für Pflanzengenetische Ressourcen der FAO, für die er auch die Verhandlungen über den Globalen Aktionsplan für Pflanzengenetische Ressourcen vorbereitete, der 1996 von 150 Staaten angenommen wurde. Er ist ehemaliges Mitglied des Nationalen Rates für Pflanzengenetische Ressourcen der USA und im Kuratorium des Internationalen Zentrums für die Verbesserung von Weizen und Mais (International Center for Wheat and Maize Improvement, CIMMYT) in Mexiko, ein weiteres Rockefeller- und CGIAR-Projekt.
CGIAR-Vorstandsmitglied Dr. Mangala Rai ist Staatssekretär im indischen Landwirtschaftsministeriums (Department of Agricultural Research and Education, DARE), Generaldirektor des Indischen Rates für Landwirtschaftliche Forschung (Indian Council for Agricultural Research, ICAR). Er ist außerdem Vorstandsmitglied des von der Rockefeller-Stiftung initiierten Internationalen Reisforschungsinstituts (International Rice Research Institute, IRRI), das das weltweit erste große GMO-Experiment startete, der viel gepriesene „Golden Rice“, der sich als Fehlschlag erwies. Rai war Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für die Verbesserung von Weizen und Mais, CIMMYT und Mitglied des Führungsgremiums der CGIAR.
Bei den Mitgliedern des Global Crop Diversity Trust einschließlich der Sponsoren handelt es sich also, um es mit den Worten aus Humphrey Bogarts Filmklassikers "Casablanca" zu sagen, um „die üblichen Verdächtigen“. Neben der Rockefeller- und der Gates-Stiftung sind die Sponsoren Gentechnik-Giganten wie DuPont Pioneer Hi-Breed, die Schweizer Syngenta, CGIAR und die entschieden GMO propagierende Abteilung für Entwicklungshilfe des US-Außenministeriums, USAID.
Es scheint also tatsächlich, als hätten sich hier die GMO- und Bevölkerungskon-troll-Füchse zusammengerottet, um den Hühnerstall der Menschheit zu bewachen, die Samen der Kulturpflanzen im Bunker von Svalbard.8

Warum also Svalbard?

Es ist durchaus legitim, zu fragen, warum Bill Gates und die Rockefeller-Stiftung, gemeinsam mit den Gentechnikgiganten des Agribusiness und der CGIAR diesen „Tresor des jüngsten Gerichts“ in der Arktis finanzieren. Wer wird der Nutznießer einer solchen Samenbank sein? Pflanzenzüchter und Forscher sind normalerweise die Hauptnutzer von Genbanken. Heute sind die größten Pflanzenzüchter der Welt Monsanto, DuPont, Syngenta und Dow Chemical; gleichzeitig sind diese globalen Giganten die Hauptinhaber von Patentrechten auf Pflanzen. Seit Beginn des Jahres 2007 ist die Firma Monsanto, zusammen mit der US-Regierung, auch Inhaberin eines Patents für die sogenannte Terminator-Technologie oder, offiziell, „Gentechnische Beschränkung der Wiederverwendbarkeit“ (Genetic Use Restiction Technologies, GURT). Terminator ist eine verhängnisvolle Technologie, bei der industriell hergestelltes, patentiertes Saatgut nach der Ernte „Selbstmord“ begeht. So entsteht eine totale Kontrolle durch private Saatgutkonzerne, eine Macht über die Nahrungskette, wie sie in der Geschichte der Menschheit niemals zuvor existiert hat.
Dieser perfide, gentechnisch konstruierte Selbstmordmechanismus der Pflanzen zwingt die Bauern dazu, jedes Jahr von Monsanto oder anderen GMO-Saatgutlieferanten neue Aussaat für Reis, Sojabohnen, Getreide oder andere Grundnahrungsmittel zu kaufen. Wenn sich diese Technologie weltweit ausbreitet, dann kann sie innerhalb eines Jahrzehnts die Nahrungsmittelproduzenten der Welt zu Sklaven und Leibeigenen von drei oder vier gigantischen Saargutlieferanten machen.
Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass solche privaten Firmen auf Anweisung ihrer Regierung, z.B. in Washington, dem einen oder anderen Entwicklungsland das Saatgut verweigern, wenn sich deren Politik gegen die Interessen Washingtons richtet. Und wer meint, so etwas sei unmöglich, sollte sich die momentanen globalen Entwicklungen genauer anschauen. Schon aufgrund dieser Gefahren, der Machtkonzentration auf drei oder vier private US-Firmen ist das Verbot von genmanipulierten Pflanzen notwendig, selbst wenn die Ernten höhere Erträge liefern würden, was sie effektiv nicht tun.
Diese privaten Firmen, Monsanto, DuPont, Dow Chemical, können auch bisher als Sachverwalter menschlichen Lebens keine weiße Weste vorweisen. Sie entwickelten und verbreiteten solche Chemikalien wie Dioxin, PCB und Agent Orange. Sie leugneten jahrzehntelang die offensichtlichen Beweise für die krebserregende, und andere schwere Gesundheitsschäden hervorrufende Wirkung ihrer Erfindungen. Sie unterdrückten seriöse wissenschaftliche Studien darüber, dass das weltweit am meisten verbreitete Herbizid Glyphosat – ein Hauptbestandteil von Monsantos Roundup, welches zusammen mit den meisten gentechnisch veränderten Saaten von Monsanto geliefert wird – das Trinkwasser vergiftet, wenn es in den Boden sickert.9 Dänemark hat Glyphosat 2003 verboten, als sich bestätigte, dass es das Grundwasser des Landes kontaminiert.10
Die genetische Vielfalt, die in den Samenbanken verwahrt wird, bildet wertvolles Material für die Pflanzenzucht und viele Bereiche der biologischen Grundlagenforschung. Hunderttausende von Proben werden jährlich zu diesem Zweck verschickt. Die FAO der UN zählt ca. 1400 Samenbanken auf der ganzen Welt, die größte ist im Besitz der Regierung der USA. Andere große Samenbanken werden von China, Russland, Japan, Indien, Südkorea, Deutschland und Kanada unterhalten, deren Größe mit der Aufzählung abnimmt. Dazu unterhält die CGIAR (Consultative Group of International Agricultural Research) eine Kette von Samenbanken in ausgewählten Zentren rund um die Welt.
CGIAR, von der Rockefeller- und Ford-Stiftung 1972 in Leben gerufen, um ihr Agribusiness-Modell der „Grünen Revolution“ zu verbreiten, kontrolliert die meisten privaten Samenbanken von den Philippinen über Syrien bis Kenia. In all diesen gegen-

wärtig vorhandenen Samenbanken sind mehr als sechseinhalb Millionen Samenvarianten gesammelt, ungefähr zwei Millionen werden als „besondere“ eingestuft. Der Svalbard-Tresor soll allein eine Aufnahmekapazität für viereinhalb Millionen Samen besitzen.

GMO als Kriegswaffe?

Jetzt kommen wir in der Tat zum Kern des Problems, zur Gefahr des Missbrauchs, die in diesem Svalbard-Projekt von Bill Gates und der Rockefeller-Stiftung steckt. Könnte die Entwicklung von patentiertem Saatgut für den Großteil der Grundnahrungsmittel der Welt, wie Reis, Getreide und Futtermittel wie Sojabohnen schließlich auf schreckliche Weise zu biologischer Kriegsführung benutzt werden?

Das explizite Ziel der Eugenik-Lobby, die von den reichsten Eliten wie Rockefeller, Carnegie, Harriman und anderen seit 1920 gefördert wird, hat sich in dem gezeigt, was sie „negative Eugenik“ nennen, die systematische Vernichtung von unerwünschten Blutlinien. Margarete Sanger, eine harte Eugenikerin, die Gründerin von Planned Parenthood International und eine enge Vertraute der Rockefeller-Familie, erfand 1939 eine Organisation mit Sitz in Harlem, die sie „Das Neger-Projekt“ nannte. Das Ziel war, wie sie einem Freund in einem Brief freimütig anvertraute, „dass wir die Neger-Bevölkerung ausrotten wollen“.11

Die kleine kalifornische Biotechnik-Firma Epicyte gab 2001 die erfolgreiche Entwicklung einer gentechnisch veränderten Maissorte bekannt, die eine Sperma abtötende Substanz enthält, so dass Männer, die diesen Mais verzehren, steril werden. Damals hatte Epicyte ein Joint Venture mit DuPont und Syngenta abgeschlossen, um diese Technologie zu verbreiten, beide Firmen Sponsoren des „Tresors des jüngsten Gerichts“ in Svalbard. Dann wurde Epicyte von einer Biotechnik-Firma aus North Carolina aufgekauft. Das Erstaunliche war, dass Epicyte seinen spermiziden GMO-Mais mit Forschungsgeldern des US-Landwirtschaftsministeriums entwickelt hat, desselben USAID, das, gegen weltweiten Widerstand, auch die Entwicklung der Terminator-Technologie weiter finanzierte, deren Patent heute Monsanto gehört.

In den 90er Jahren startete die Weltgesundheitsorganisation der UN eine Impfkampagne für Millionen Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren in Nicaragua, Mexiko und auf den Philippinen. Die Impfung sollte gegen Tetanus immunisieren, eine Krankheit, die durch Verletzungen mit rostigem Metall entstehen kann. Doch es wurden weder Jungen noch Männer geimpft, obwohl sie vermutlich genauso oft in rostige Nägel treten wie Frauen. Aufgrund dieses seltsamen Vorgehens schöpfte Pro Vida de Mexico, eine römisch-katholische Laienorganisation, Verdacht und ließ Proben des Impfstoffs untersuchen. Dabei stellte sich heraus, dass der Tetanus-Impfstoff, den die WHO nur für Frauen im gebärfähigen Alter reserviert hatte, die Substanz Choriongonadotropin oder HCG enthielt, ein menschliches Hormon, das, an das Gift des Tetanus-Erregers gekoppelt, die Bildung von Antikörpern hervorruft, die eine Schwangerschaft vorzeitig beenden. Keine der geimpften Frauen war darüber informiert worden.

Später kam heraus, dass die Rockefeller-Stiftung zusammen mit dem von ihr initiierten Bevölkerungsrat, der Weltbank (Gastgeber der CGIAR) und dem amerikanischen Gesundheitsministerium in einem 20jährigen Projekt, das 1972 begann, an diesem geheimen Abtreibungs-Impfstoff mit Tetanuserregern für die WHO geforscht hatte. Auch die norwegische Regierung, heute Gastgeber für den „Tresor des jüngsten Gerichts“, hatte 41 Millionen Dollar in die Entwicklung eines speziellen, Schwangerschaftsabbrüche hervorrufenden Tetanus-Impfstoffs investiert.12

Ist es ein Zufall, dass dieselben Staaten und Organisationen, von Norwegen über die Rockefeller-Stiftung bis zur Weltbank auch hinter dem Samenbank-Projekt von Svalbard stecken? Francis Boyle, Professor für internationales Recht an der Universität von Illinois, der im Rahmen der Biowaffen-Konvention die amerikanische Gesetzgebung zur Durchsetzung dieser Konvention erarbeitete, den 1989 in Kraft gesetzten Biological Weapons Anti-Terrorism Act, bestätigt einen schlimmen Verdacht. Ihm zufolge rüstet sich das Pentagon: „jetzt, um einen biologischen Krieg führen und 'gewinnen' zu können“, als Teil der neuen, von Bush bestimmten nationalen strategischen Anweisungen von 2002 – „ohne öffentliches Wissen und Kritik.“ Prof. Boyle setzte hinzu, dass die US-Regierung in den Jahren 2001 bis 2004 die Schwindel erregende Summe von 14,5 Milliarden Dollar für angeblich 'zivile' Forschung ausgab, die mit biologischer Kriegsführung in Zusammenhang steht. 13

Richard Ebright, Biologe an der Rutgers-Universität, stellte fest, dass mehr als 300 wissenschaftliche Institutionen und ca. 12.000 Einzelpersonen heute in den USA Zugang zu Krankheitserregern haben, die sich für eine biologische Kriegsführung eignen. Es gibt allein 497 vom der amerikanischen National Institute of Health geförderte Projekte zur Erforschung von Infektionskrankheiten, die eine biologische Kriegsführung möglich machen würden. All das wird, wie heute so vieles, mit der Notwendigkeit der Verteidigung gegen eventuelle terroristische Angriffe gerechtfertigt.

Viele der von der US-Regierung ausgegebenen Dollars zur Entwicklung biologischer Kriegsführung fließen in die Gentechnik. Im Vorwort zu Francis Boyles Buch "Biowarfare and Terrorism" schreibt der Biologieprofesor des MIT (Massachusetts Institute of Technology), Jonathan King, dass diese „zunehmenden Bio-Terror-Programme eine ernste Gefahr für die eigene Bevölkerung darstellen“. King setzt hinzu: „Während solche Programme immer als defensiv bezeichnet werden, sind bei der Entwicklung biologischer Waffen defensive und offensive Programme in Wirklichkeit nahezu identisch.“ 14

Die Zeit wird zeigen, und Gott möge es verhüten, ob die "Samenbank des jüngsten Gerichts" von Svalbard Teil einer anderen „Endlösung“ ist, mit der zugleich auch der große, alte Planet Erde untergehen wird.

Übersetzung von Jens Loewe
Originalartikel: F. William Engdahl: "Doomsday Seed Vault" in the Arctic. Bill Gates, Rockefeller and the GMO giants know something we don't. Global Research, December 4, 2007, Danke an:
http://www.steinbergrecherche.com/08saatgutbank.htm

Anmerkungen

1 F. William Engdahl, „Seeds of Destruction – The Hidden Agenda of Genetic Manipulation“, Montreal, Global Research Press, 2006, ("Saat der Zerstörung", Jochen Kopp-Verlag, 2006).
2 Ebd., S. 72-90
3 John H. Davis, Harvard Business Review, 1956, zitiert in Geoffrey Lawrence, Agribusiness, Capitalism and the Countryside, Pluto Press, Sydney, 1987. Siehe auch: Harvard Business School, The Evolution of an Industry und: Agribusiness Seminar, in http://www.exed.hbs.edu/programs/agb/seminar.html.
4 Engdahl, op. cit., S. 130.
5 Ebd., S. 123-30.
6 Myriam Mayet, The New Green Revolution in Africa: Trojan Horse for GMOs?, May, 2007, African Centre for Biosafety, www.biosafetyafrica.net
(Vergl. auch: Ute Sprenger, "Die Politik des Hungers im südlichen Afrika", in: http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/183/thema/sprenger/politik-des-hungers-im-suedlichen-afrika)
7 ETC Group, Green Revolution 2.0 for Africa?, Communique Issue #94, März/April 2007.
8 Global Crop Diversity Trust website, in http://www.croptrust.org/main/donors.php
9 Engdahl, op. cit., pp.227-236.
10 Anders Legarth Smith, Denmark Bans Glyphosates, the Active Ingredient in Roundup, Politiken, September 15, 2003, in organic.com.au/news/2003.09.15.
11 Tanya L. Green, The Negro Project: Margaret Sanger's Genocide Project for Black American's, www.blackgenocide.org/negro.html.
12 Engdahl, op. cit., S. 273-275; J.A. Miller, Are New Vaccines Laced With Birth-Control Drugs?, HLI Reports, Human Life International, Gaithersburg, Maryland; June/July 1995, Volume 13, Number 8.
13 Sherwood Ross, Bush Developing Illegal Bioterror Weapons for Offensive Use,' December 20, 2006, in www.truthout.org.
14 Francis A. Boyle, "Biowarfare and Terrorism", Clarity Press 2005, Vorwort von Jonathan King.

BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Genpatente sind die Kanonenkugeln von heute

Saatgutunternehmen und Pharmaindustrie eignen sich Erbinformationen der Tier- und Pflanzenwelt aus "Entwicklungsländern" an

Mais dient in Deutschland in erster Linie als Futtermittel. Ganz anders in Mexiko, dort ist Mais ein Grundnahrungsmittel mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Sorten und hat - vor allem für die indigene Bevölkerung - eine hohe kulturelle Bedeutung. Dass sich mit Mais auf dem internationalen Agrarmarkt aber auch viel Geld verdienen läßt, hat beispielsweise DuPont erkannt, einer der weltweit größten Saatgutkonzerne mit Sitz in Wilmington (USA). **DuPont** erhielt im Jahr 2000 vom Europäischen Patentamt (EPA) ein **Schutzrecht auf Maispflanzen**, deren Körner einen besonders hohen Ölgehalt aufweisen. Die patentierten Pflanzen waren von DuPont durch Kreuzungen gezüchtet worden. Allerdings gibt es Maissorten mit einem derart hohen Ölgehalt schon seit langem, gezüchtet über Jahrtausende und Jahrhunderte von der Landbevölkerung. DuPont hätte seine Eigentumsrechte auch an diesen traditionellen Maissorten geltend machen können. Beim Patentamt wurde jedoch mit Erfolg Einspruch gegen das Schutzrecht eingelegt: Die Beschwerdekammer dieser Behörde erklärte es für ungültig.

2003 erteilte das Patentamt dem mit Pflanzenschutzmitteln und Saatgut handelnden US-Konzern **Monsanto** ein Patent auf eine Weizensorte mit besonderer Backqualität, die ursprünglich in Indien gezüchtet wurde. Monsanto war es gelungen, Gen-Abschnitte der Pflanze zu beschreiben, die für besondere Backeigenschaften verantwortlich sein sollen. Diese Entdeckung der natürlichen Genkombination ließ sich Monsanto als Erfindung patentieren. Das Patent umfaßt ein faktisches Monopol auf die Pflanzen selbst, Kreuzungen daraus und das aus ihnen gewonnene Mehl sowie alle Backprodukte. Es wurde für 13 europäische Staaten gleichzeitig erteilt und darüber hinaus auch in Japan, Australien und Kanada angemeldet; in den USA bestand es bereits seit 1999. Der Konzern kann in diesen Ländern jeglichen Handel mit entsprechendem Saatgut kontrollieren -- andere Züchter und Landwirte dürfen mit dem patentierten Saatgut nicht mehr arbeiten. Ähnliche Beispiele gibt es viele. Immer wieder werden Patente auf Pflanzenmerkmale erteilt, weil ein Konzern beansprucht, eine Erfindung gemacht zu haben.
Eine ähnliche Entwicklung ist mittlerweile auch im Bereich der Nutztiere im Gange. So hat Monsanto ein Patent auf ein Schweinegen beantragt, das sich auch in Rassen findet, die nicht von Monsanto gezüchtet worden sind und schon seit langem existieren.

Kolonialismus des 21. Jahrhunderts

Ein weltweiter Wettlauf der großen Konzerne um die genetischen Ressourcen ist im Gange. Wurde im 18. und 19. Jahrhundert in Europa das Land eingehegt und privatisiert, so steht derzeit die Privatisierung der Pflanzenvielfalt - jedenfalls soweit sie kommerziell verwertbar ist - auf der Tagesordnung.

Dabei haben über 90% der Patentinhaber ihren Sitz in den Industriestaaten. Die Patente befinden sich weitgehend in der Hand weniger dort ansässiger transnationaler Konzerne. Die größte biologische Vielfalt befindet sich allerdings in den nichtindustrialisierten Ländern.
Die Wissenschaftstheoretikerin und Trägerin des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva bringt die Kritik an der Patentierung von Lebewesen auf den Punkt: *"Die Gentechnik und die Patentierung von Leben stellen jede Form des Kolonialismus, die wir bislang kannten, in den Schatten. Es werden heutzutage Räume kolonialisiert, von denen man früher nie zu träumen wagte. Lebensgrundlagen, Zellen, Tiere, Pflanzen. Alles aufgrund der neuen technischen Möglichkeiten. Die Genpatente sind die Kanonenkugeln von heute."*

Biopiraterie

Biopiraterie bezeichnet die Aneignung von Pflanzen, Tieren oder Genen durch geistige Eigentumsrechte. Patente, Sortenschutzrechte und Markenrecht erlauben ihrem Inhaber, eine bestimmte Idee, Erfindung, Pflanzen oder einen Namen in einem Land ausschließlich zu nutzen. Andere Nutzungsinteressenten können allenfalls Lizenzen beim Rechteinhaber beantragen, für die sie dann Gebühren bezahlen müssen. Geistige Eigentumsrechte verleihen dem Inhaber also eine Art Monopol zur Kommerzialisierung bestimmter Ideen und daraus hergestellter Produkte.
Häufig ist bei der Patentanmeldung der konkrete kommerzielle Nutzen eines bestimmten Stoffs oder Genabschnitts noch nicht klar. Der Run auf die Patentierung von Genen mit ungewisser Ausbeute erinnert an das Abstecken von Claims in Zeiten eines Goldrausches. Wissen, DNA-Strukturen und biologische Prozesse werden zur privaten strategischen Zukunftsressource, die den Patentinhabern zukünftig Gewinne sichern und heute schon den Unternehmenswert steigern soll.

Patente auf Heilpflanzen

Neben den wichtigen Agrarpflanzen geht es den Biopiraten vor allem um die Verwertung traditioneller Heilpflanzen. Pharma- und Biotechkonzerne suchen nach pflanzlichen Ausgangsstoffen und dem dazugehörigen traditionellen Wissen, um "neue" gewinnbringende Medikamente und Nahrungsergänzungsmittel zu entwickeln.
Ein bekanntes Beispiel für patentierte Heilpflanzen ist die Ayahuasca-Liane aus dem Amazonasgebiet. Sie gilt vielen indigenen Gemeinschaften als heilig und wird u. a. als halluzinogene Arzneipflanze genutzt. 1986 ließ sich der US-amerikanische Pharmaunternehmer Loren Miller das Patent US5751P darauf erteilen. Nach einer großen internationalen Kampagne war das Patent 1999 zunächst außer Kraft gesetzt, doch 2001 wieder für gültig erklärt worden.
In Indien ist es der Neembaum mit seinen heilenden und desinfizierenden Wirkungen, der mittlerweile mit über 1000 Patenten auf seine Einzelbestandteile belegt ist.
Aus dem südlichen Afrika stammt der Hoodia-Kaktus, dessen Extrakt als natürlicher Appetithemmer patentiert wurde.
Gelbwurzel, schwarzer Pfeffer, Basmatireis, Quinoa und Ingwer sind nur wenige weitere Beispiele in einer langen, zum Teil kaum bekannten Liste von Pflanzen, auf die Patente erteilt wurden.

Macht der Konzerne

Die Konzentrationsprozesse bei Pharma-, Agrochemie- und Saatgutkonzernen verlaufen atemberaubend schnell. Gab es vor 30 Jahren noch Tausende kleiner Saatgutfirmen, so kontrollierten 2003 die zehn größten Saatgutfirmen ein Drittel, die zehn größten Pharmakonzerne 53 Prozent und die zehn größten Agrochemieunternehmen sogar über 80 Prozent des jeweiligen Weltmarktes. Manche transnationalen Konzerne sind in den Bereichen Pharma, Saatgut und Agrochemie gleichermaßen aktiv, was die Machtkonzentration zusätzlich verschärft. Pharmacia/Monsanto, Syngenta, Aventis (Bayer), Dupont (Pioneer) und Dow etwa gehörten 2003 in allen drei Sparten zu den zehn größten Konzernen.

Durch zielstrebige Firmenaufkäufe in den letzten Jahren hat beispielsweise Monsanto seine Vormachtstellung im Saatgut- und Agrochemiebereich weiter ausgebaut. Das Unternehmen ist einer der führenden Herbizidhersteller, marktführend für Gemüsesaatgut, hält große Anteile des Saatgutmarktes

für Mais und Baumwolle und ist außerdem der weltgrößte Anbieter von genetisch verändertem Saatgut. Diese Markt- und Machtkonzentration ermöglicht politische Einflußnahme auf allen Ebenen.

Im Paragraphendschungel

Patente und andere geistige Eigentumsrechte werden auf nationaler Ebene rechtlich geregelt. Sie gelten zunächst nur in dem Land, in dem sie erteilt worden sind. So hat beispielsweise ein Patent des "US Patent and Trademark Office" in Europa keine Gültigkeit. Patentgesetze schreiben vor, daß nur geschützt werden kann, was neu ist, einen erfinderischen Schritt enthält, gewerblich anwendbar und ausreichend beschrieben ist. Als neu gilt in manchen Patentgesetzen alles, was noch nicht schriftlich festgehalten ist. Anerkannt wird damit nur das Wissen, das im westlichen wissenschaftlichen System verschriftlicht wurde. Mündliches traditionelles Wissen und Kulturüberlieferungen, etwa die Rezepte der Jahrtausende alten ayurvedischen Medizin aus Indien, sind damit - solange sie nicht aufgeschrieben werden - zur Ausbeutung freigegeben.

Die nationalstaatliche Souveränität zur Ausgestaltung des Patentrechtes wurde mit der Errichtung der Welthandelsorganisation **WTO** Anfang 1995 eingeschränkt. Jedes WTO-Mitglied muß den Vertrag über "handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte" (**TRIPS**, Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) unterzeichnen und verpflichtet sich damit auf bestimmte Mindestnormen seines Patentrechtes und anderer Schutzrechte für immaterielle Güter. Damit gelang es nach jahrelanger harter Lobbyarbeit vor allem der Pharma-, Biotech- und Softwarekonzerne, das Patentrecht in den Industrieländern zu erweitern und in den Entwicklungsländern überhaupt neu einzuführen.

Durchsetzung und Verschärfung geistiger Eigentumsrechte sind fester Bestandteil der Agenda der **G-8-Staaten**. So verhandelt die EU derzeit mit Staaten aus Afrika, aus der Karibik und dem pazifischen Raum über "Economic Partnership Agreements" (EPA, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen). Diese sollen bis Ende des Jahres unterzeichnet werden und Klauseln über verschärfte geistige Eigentumsrechte enthalten.

Neben dem Patentrecht ermöglichen auch Sortenschutzrechte die private Aneignung von Pflanzen. Dieses geistige Eigentumsrecht besteht seit gut einem halben Jahrhundert und unterschied sich anfangs deutlich vom Patentrecht. Die herkömmliche Praxis der Landwirte, einen Teil ihrer Ernte im folgenden Jahr als Saatgut wieder auszubringen, der sogenannte Nachbau, war im Sortenschutzrecht verbrieft, genauso wie die Selbstverständlichkeit, Saatgut zu tauschen und zu züchten.

Doch auch dieses Sortenschutzrecht wurde über die Gründung internationaler Organisationen verschärft. Nachdem in den 60er Jahren Deutschland, die Niederlande und Großbritannien die "International Union for the Protection of New Varieties of Plants" (UPOV, Internationale Union zum Schutz neuer Pflanzensorten) für die Vereinheitlichung und Verstärkung der Rechte an Pflanzenzüchtungen gegründet hatten, traten im Laufe der 70er und 80er Jahre weitere EU-Länder und andere Industriestaaten bei. Nach 1991 wurde die UPOV auch auf Osteuropa und auf "Entwicklungsländer" ausgedehnt. Besonders jedoch die Revision des UPOV-Vertrags von 1991-- und nur dieser Version können Neumitglieder beitreten -- näherte das Sortenschutz- dem Patentrecht an und degradierte alte bäuerliche Rechte auf Nachbau und Weiterzüchtung zu (noch) geduldeten Ausnahmeerscheinungen. Eine weitere Verschärfung droht in den nächsten Jahren mit der völligen Annullierung der alten Rechte als "UPOV 2011" durchgesetzt zu werden.

Von dieser Situation im internationalen Sortenschutzrecht profitieren weltweit agierende Saatgutkonzerne, die immer größere Mengen an Saatgut verkaufen. Der Anbau von sortenschutzrechtlich abgesichertem und patentiertem Saatgut hat sich vor allem in der industrialisierten Landwirtschaft durchgesetzt. Global betrachtet verwenden allerdings noch zwischen 70 und 80 Prozent der Landwirte traditionelle, lokale, freie Sorten. Das erklärt das große Interesse der Agrarkonzerne, zur Zeit vor allem in Afrika, an der "Entwicklung" der Landwirtschaft, einer "zweiten grünen Revolution". Gelingt es dort, unter dem Vorwand der Modernisierung einer rückständige Agrarwirtschaft, Landwirte zum Kauf von Hybrid- und Gentechsorten zu verpflichten, gewinnen die Saatgut- und Agrarkonzerne einen großen Markt hinzu. Die Landwirte verlieren damit die Kontrolle über ihr Produktionsmittel Saatgut und einen Teil ihrer Autonomie.

Aus Schutz wird Verwertung

Ein weiteres internationales Abkommen, das für biologische Vielfalt, ihre Verwertung und Kommodifizierung eine zentrale Rolle spielt, ist die 1993 in Kraft getretene **"Konvention über biologische Vielfalt"** (**CBD**, Convention on Biological Diversity). Mit ihr verknüpften ursprünglich viele Naturschutzorganisationen, viele Regierungen sogenannter Entwicklungsländer und indigene Gemeinschaften große Erwartungen. Erstere erhofften sich den Schutz der Biodiversität, und die Regierungen sahen einer zusätzlichen Einnahmequelle durch diese "neue" Ressource entgegen. Die indigenen Gemeinschaften erwarteten die Anerkennung ihrer Rechte an der biologischen Vielfalt und dem damit verbundenen traditionellen Wissen. Sie spielen in dieser Diskussion eine spezielle Rolle, da die größte biologische Vielfalt sich häufig in jenen Regionen befindet, in denen Menschengruppen seit Jahrtausenden nach ihren traditionellen Mustern leben, die Pflanzenvielfalt gefördert und enormes Wissen über sie gesammelt haben.

Ursprünglich stand der Gedanke, Biodiversität insgesamt zu schützen -- der Arten, der Ökosysteme und der genetischen Vielfalt --, im Mittelpunkt. Allerdings wurde von Anfang an der Schutzgedanke mit der Nutzung verbunden: Nur wenn Vielfalt ökonomisch verwertbar werde, seien Menschen auch bereit, sie zu bewahren. Ignoriert wird dabei, daß lokale und indigene Gemeinschaften schon immer die zu schützende Vielfalt genutzt haben, wenn auch nicht im kapitalistischen Sinne. Gerade durch ihre nichtkapitalistische Lebensweise haben sie in ihren Regionen die hohe biologische Vielfalt entwickelt und erhalten.

Eine der Hauptstreitfragen zur Konvention dreht sich um das "Access and Benefit Sharing" (ABS), um den Zugriff auf und den Vorteilsausgleich für die Nutzung von genetischen Ressourcen. Forschungsinstitutionen und Konzerne, in der Regel aus den industrialisierten Ländern, sind am Zugang zu genetischen Ressourcen interessiert, während das jeweilige Land, in dem sich das biologische Material befindet, Ausgleichszahlungen für die Nutzung einfordert. Indigene Beobachter der CBD-Verhandlungen sind in ihrer Position zu ABS-Regelungen gespalten. Einig sind sie sich in der Ablehnung von Patenten auf Leben, die in der Konvention nicht behandelt werden. Für einige indigene Vertreter bedeutet daher die Zustimmung zu ABS-Verhandlungen und zu ABS eine Legitimierung von Patenten auf Leben. Wenn man einmal Ausgleichszahlungen für die Fortgabe von biologischem Material und Wissen akzeptiert habe, könne man nicht mehr kritisieren, was damit passiert, argumentieren sie. In ihrer Ablehnung von ABS finden sie sich jedoch an der Seite von Vertretern aus Forschung und Wirtschaft, die aus Gewinninteresse gegen eine verbindliche Einführung von ABS-Regeln sind. Deshalb wollen sich wiederum andere indigene Vertreter auf Verhandlungen einlassen und für eine Beteiligung an den Profiten kämpfen, um wenigstens ein paar Krümel vom Kuchen abzubekommen.

Obwohl die Konvention ursprünglich ökologische und soziale Aspekte in bezug auf den Schutz von Biodiversität aufgegriffen hatte, stehen zunehmend und fast ausschließlich der Zugang und die Handhabung von genetischen Ressourcen im Vordergrund. Die deutsche Regierung ist Anfang Mai 2008 Gastgeberin der **COP 9 in Bonn**.

Die "Conference of the Parties" ist eine Zusammenkunft jener Interessengruppen, deren Beschlüsse die Bestimmungen der "Konvention über biologische Vielfalt" konkretisieren. Die Regierung will sich in umweltpolitischen Fragen profilieren, nennt die Konferenz einfach Naturschutzkonferenz und verschleiert damit die im Zentrum stehenden politischen Machtfragen um die Nutzung biologischer Ressourcen. Sie blendet die Rolle indigener und lokaler Gemeinschaften aus, läßt die Verletzung ihrer Rechte und ihre Ausbeutung unsichtbar werden. Die großen Naturschutzorganisationen freuen sich und fordern mehr Naturschutzgebiete, häufig ohne zu erwähnen, daß diese Gebiete bewohnt sind. Den Forschungsinstitutionen und Konzernen kommt die Einführung von Naturschutzgebieten gerade recht, dienen sie ihnen doch als große Freiluftlabore zur Erforschung von biologischer Vielfalt.
Für die betroffene Bevölkerung bedeutet die Einrichtung von Naturschutzgebieten letztlich die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Oft dürfen die Menschen ihre ursprünglichen Territorien nicht mehr betreten, nicht mehr darin jagen oder Pflanzen sammeln. Nicht selten werden sie im Namen des Naturschutzes umgesiedelt oder vertrieben.

Dabei ist die wichtige Rolle von indigenen Gemeinschaften und kleinbäuerlichen Strukturen für die biologische Vielfalt längst klar. Subsistenzwirtschaft und kleinteilige ökologische Landwirtschaft erhalten und fördern die Vielfalt landwirtschaftlicher Sorten. Industrialisierte Landwirtschaft mit Monokulturanbau und großflächigem Pestizideinsatz zerstört sie dagegen. Es ist keine neue Erkenntnis, daß das herrschende kapitalistische Entwicklungsmodell, das auf Industrialisierung und ungebremsten Verbrauch von natürlichen Ressourcen mit Wachstumssteigerung und Globalisierung setzt, verantwortlich für den Verlust von biologischer Vielfalt ist. Die stattfindende Homogenisierung der Kulturen beschleunigt diese Zerstörung noch, denn letztlich ist biologische Vielfalt nur bei gelebter kultureller Vielfalt möglich.

Proteste gegen Biopiraterie

Weltweit regt sich Widerstand gegen die immer weitgehendere Monopolisierung der Kontrolle über biologisches Material. Ein Beispiel für erfolgreichen Protest ist die Cupuaçu-Frucht aus Brasilien. Ein japanisches Unternehmen hatte sich den Namen als Marke schützen lassen, so daß brasilianische Konfitüreproduzenten ihr Cupuaçu-Gelee nicht unter diesem Namen in Europa vertreiben durften. Durch gemeinsamen Protest in Deutschland und Brasilien gelang es, die Registrierung von "Cupuaçu" als Markennamen aufzuheben. Ein Patentantrag der gleichen Firma auf eine in Brasilien längst bekannte Verarbeitungsmethode der Fruchtkerne konnte verhindert werden.

Auch die Regierungen von Entwicklungsländern sind teilweise aktiv geworden: Die indische Staatsführung hat beispielsweise eine öffentlich zugängliche Datenbank mit traditionellen Ayurveda-Rezepten angelegt. Mit ihr soll verhindert werden, daß mündlich überlieferte Rezepte von Pharmakonzernen patentiert werden können.
In vielen Ländern arbeiten Menschen an der Erhaltung von Vielfalt von Nutzpflanzen und -tieren. Örtliche Saatguterhaltungsinitiativen erhalten und vermehren lokale Sorten (und Rassen), tauschen freies Saatgut untereinander und bemühen sich um das Wiedererlernen und Weiterentwickeln von traditionellen Anbau-, Züchtungs- und Verarbeitungsmethoden. Sie behaupten so ihre Unabhängigkeit und Kontrolle über ihre Produktionsmittel und widersetzen sich zudem den Monopolisierungsbestrebungen der profitorientierten Konzerne.

BUKO -- Bundeskonferenz Internationalismus -- ist ein unabhängiger Dachverband von Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitischen Organisationen, internationalistischen Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden und Zeitschriftenprojekten. Ihre "Kampagne gegen Biopiraterie" verbreitet seit fünf Jahren Informationen über Gentechnik etc. Mehr Informationen unter www.biopiraterie.de

Bäuerliche Landwirtschaft erhält Artenvielfalt und vermindert Klimawandel! Nein zur Privatisierung der Natur!

Via Campesina zu den Konferenzen in Bonn, Mai 08

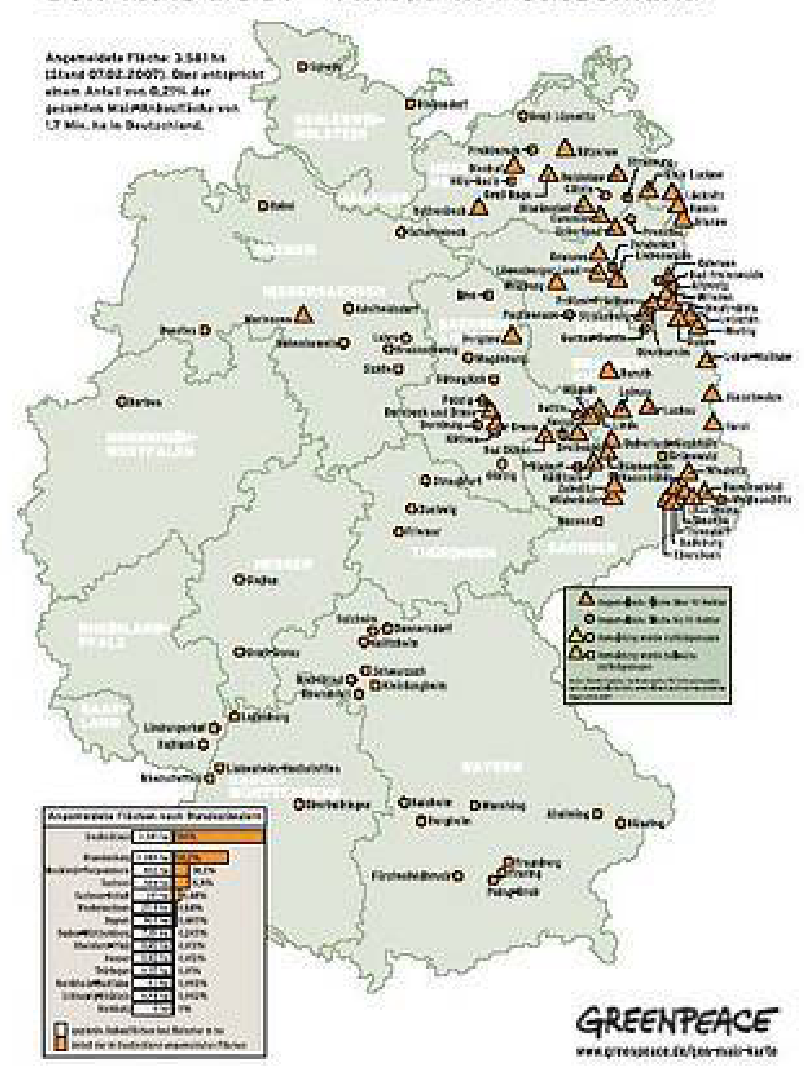
Die multinationalen Konzerne behaupten, über magische Lösungen gegen Klimawandel, Zerstörung der Biodiversität und Energiekrise zu verfügen, die es ihnen erlauben, weiterhin ungestört ihre Geschäfte zu machen.
Sie schlagen eine ganze Reihe von Zauber-Technologien vor, wie GVO-Pflanzen und -Bäume, synthetische Gene, Nanotechnologie, Terminator, Transcontainer, Agrotreibstoffe und „CO2-Fallen“, mit denen sie die Umweltkrisen lösen wollen. Hinter diesem paternalistischen Diskurs steckt die Gier, alle Ressourcen der Erde beherrschen zu wollen: Land, Wasser, Meere, Saatgut, Gene, Wissen und demnächst sogar die Luft, die wir atmen.
Die Konvention für Biologische Vielfalt (CBD) und andere internationale Umweltverträge bieten im Namen des Umweltschutzes einen Rechtsrahmen für diesen globalen Raubzug. So dienen etwa GVOs, Terminator und Hybridsaaten dem Ziel, geistige Eigentumsrechte für Saatgut zu schaffen, welches indigene und bäuerliche Gemeinschaften seit Jahrtausenden gezüchtet, verbessert und erhalten haben, ohne es zur Ware zu machen.
Die von der Industrie entwickelten Technologien tragen zur Erderwärmung bei, zerstören die Biodiversität und vertreiben die Landbevölkerung. Industrielles Saatgut verschärft Umwelt- und soziale Krisen, weil es an industrielle Landwirtschaft und den Raub natürlicher Ressourcen gebunden ist.
Wir von Via Campesina betonen, dass, im Gegensatz zu diesem zerstörerischen Modell, Bäuerinnen und Bauern weltweit ihre eigenen Antworten auf die Umweltkrisen haben: ökologische Produktionsformen kühlen das Klima, weil sie Kohlenstoff im Boden binden; bäuerliches Saatgut benötigt keine energiefressenden Dünger und passt sich an den Klimawandel an; lokale Märkte vermeiden weite Transporte, CO2-Emmissionen und Erdölverschwendung.
Deshalb muss die Zerstörung ländlicher Gemeinschaften dringend beendet, Ernährungs-Souveränität und bäuerliche Rechte müssen respektiert werden. Wir fordern das Ende der Privatisierungen, die Rückgabe landwirtschaftlicher Ressourcen und die Regulierung der Märkte!
Wir rufen dazu auf, sich vom 17. bis 19. Mai in Bonn zu treffen, um den Piraten Einhalt zu gebieten. Wir verteidigen die Vielfalt unserer Kulturen und unsere kollektiven Nutzungsrechte gegen private Aneignung bunt, laut und mit Musik.

Auswertung der Ergebnisse der Konferenz unter: http://www.biopiraterie.de/

Gefährliche Saat ...
Gentechnik in der Landwirtschaft

Im Sommer 2005 wurden in Deutschland erstmals großflächig gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut. Dies geschah und geschieht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Rund 80% der Menschen in der Bundesrepublik sind gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Nahrung. Die neue Bundesregierung schert sich jedoch nicht um die Umfragen, in Deutschland droht Agro-Gentechnik im großen Stil Einzug zu halten.

Die Verantwortlichen wissen, dass damit unumkehrbare Fakten geschaffen werden. Einmal freigesetzt, sind Gentech-Pflanzen nicht mehr rückholbar. Durch Pollenflug verbreitet sich unkontrolliert genmanipuliertes Erbgut. Artfremde Eigenschaften können in verwandte Wildpflanzen auskreuzen.
Der Anbau von genmanipulierten Organismen (GMO) bedroht weltweit die traditionelle Landwirtschaft. "Koexistenz", wie sie Gentechnikbefürworter immer wieder beschwören, funktioniert nicht. In Kanada z.B. ist es praktisch nicht mehr möglich, gentechnik-freien Raps oder Soja zu ernten. (…)
Der Anbau von Gentech-Pflanzen gefährdet die biologische Vielfalt. Traditionelle Pflanzenarten werden verdrängt. Das Gift, das bestimmte gentechnisch veränderte Maissorten produzieren, vernichtet nicht nur problematische Schädlinge. Genmanipulierte Organismen stellen eine Gesundheitsgefahr dar. Es ist unmöglich, die gesundheitlichen Risiken für Mensch und Tier einzugrenzen.
Gentechnik ist ein Zufallsspiel. Gentechnische Konstrukte werden in ein unbekanntes Genom an zufälliger Stelle integriert. Immer wieder ergeben sich Folgen, mit denen niemand gerechnet hat: Die Stängel von Gen-Soja z. B. platzen bei Dürre und Hitze auf oder Gen-Pappeln blühen zum falschen Zeitpunkt. Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen warnen, dass das höchst dynamische System Eingriffe zum Risiko macht.
Mehr Informationen zum Thema Gentechnik finden Sie auf folgenden Seiten: www.Greenpeace.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de
www.keine-gentechnik.de
Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik
www.transgen.ch
http://www.gendreck-weg.de/?id=20&lg=de



Interaktive Karte unter:
http://www.greenpeace.de/themen/gentechnik/anbau_genpflanzen/gen_mais_anbau_in_deutschland/

S. auch **http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/bundesweite-ags/agrarnetz**

Agrargruppe von attac Wuppertal http://www.jpberlin.de/attacwtal-agrar/
- Steckbrief über Monsanto http://www.jpberlin.de/attacwtal-agrar/steckbr-mon.html
- Gentech-Zulassungsverfahren: Heimspiel der Industrie, Vortrag von Werner Müller, Global 2000 über die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) am 21. 11. 2007 in Wuppertal

In Europa ist die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die wichtigste Instanz für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen. Sie ignoriert bei diesen Zulassungsprozessen regelmäßig gesundheitliche Risiken aus den Studien, die von den antragstellenden Firmen vorgelegt werden, obwohl nur Kurzzeitversuche durchgeführt werden. Die EFSA vernachlässigt wesentliche Prinzipien der Wissenschaft und ignoriert die gesetzlich vorgegebene Einbeziehung von Langzeituntersuchungen (24 Monate Tests).
http://www.jpberlin.de/attacwtal-agrar/vortrag-werner-mueller-2007.html

Genfrei einkaufen: Ratgeber unter http://de.einkaufsnetz.org/gentechnik/lebensmittel/10588.html (Deutschland), www.greenpeace.at/3548.html und marktcheck.greenpeace.at/4603.html (Österreich)
Hintergrundpapier (deutsch, PDF, 188kb) http://www.saveourseeds.org/Download_Centre/hintergrund.pdf von Save our Seeds http://www.saveourseeds.org/

Béatrice Schmid, attac Schweiz
Nestlé erhält den „Black Planet Award“ von der Stiftung ethecon

Der „BlackPlanet Award“

„ethecon – Stiftung für Ethik & Ökonomie“ (Berlin) übergab am 19. Dezember 2007 ihren „Black Planet Award“ dem schweizerischen Grosskonzern Nestlé.[1] Ethecon prangert das Management und die AktionärInnen des weltweit führenden Nahrungsmittelunternehmens Nestlé an und verlieh den Schmähpreis stellvertretend an Peter Brabeck-Lemathe (Vorstandsvorsitzender Nestlé) und Liliane de Bettencourt (Grossaktionärin Nestlé). Die Wahl fiel auf Management und AktionärInnen des Nestlé-Konzerns, weil diese nach Analyse der Stiftung in besonders herausragender Weise unseren „Blauen Planeten“ gefährden und ruinieren. Als positives Pendant verlieh ethecon den internationalen „Blue Planet Award“ dieses Jahr an die indische Aktivistin Vandana Shiva, die sich in herausragender Weise für den Erhalt und die Rettung unseres Blauen Planeten einsetzt. Die Aktion wurde u.a. von Attac Schweiz, Attac München, IBFAN, und NescaFAIR unterstützt.
Immer wieder gerät Nestlé in Konflikt mit Organisationen und Gewerkschaften, die sich gegen Umweltzerstörung, ungesunde Produkte oder miserable Arbeitsbedingungen wehren. Hier eine Zusammenstellung verschiedener Kritikpunkten wie sie in der Pressemappe zusammengetragen worden sind.

Nestlés Art, mit Kritik umzugehen

Multiwatch, ein von diversen Schweizer Hilfswerken, NGOs, politischen Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und globalisierungskritischen Bewegungen getragener Verein, hat die Erfahrung gemacht, dass der Konzern die gleiche Abwehrstrategie betreibt wie alle grossen Konzerne: Auf Kritik wird zuerst mit Ignoranz und Arroganz reagiert, die Vorwürfe werden pauschal abgestritten. Häufen sich die Beweise gegen das Unternehmen, werden die Vorkommnisse verharmlost oder als Missverständnisse abgetan. Nützt das alles nichts, dann setzt Nestlé die aktive Abwehrmaschinerie in Gang. Personen und Organisationen mit Expertenwissen werden diffamiert und als Ideologen dargestellt, denen es nur um einen persönlichen Kampf gegen Nestlé gehe. Anstatt sich der konstruktiven Kritik zu stellen, betreibt der Konzern Lobbying und Mobbing im Hintergrund. So wurde z. B. die schweizerische Gewerkschaft UNIA, die Multiwatchs Aufklärungsveranstaltung „Der Fall Nestlé“ unterstützte, massiv unter Druck gesetzt. Nestlé setzte sogar laufende Gesamtarbeitsvertrags-Verhandlungen aus und verhandelte statt mit der Gewerkschaft direkt mit den Beschäftigten.

Nestlé und ihre Gewerkschaften

Nestlé ist weltweit für ihre gewerkschaftsfeindliche Politik bekannt. Nehmen wir das Beispiel der Philippinen. Seit fast 6 Jahren befinden sich um die 600 ArbeiterInnen der Nestlé-Fabrik in Cabuyao im Streik. Auslöser des Streiks war, dass Nestlé sich weigerte, den Pensionsplan als Teil des Gesamtarbeitsvertrags anzuerkennen. Sie wollte die Pensionsansprüche nach eigenem Gutdünken festlegen. Das höchste Gericht hat schon zum zweiten Mal den streikenden ArbeiterInnen Recht gegeben, aber Nestlé weigert sich, diesen Entscheid zu respektieren und umzusetzen. Anlässlich eines Gespräches im Frühling 2006 in der Schweiz setzte Nestlé dem amtierenden Präsidenten der Gewerkschaft, Noel Alemania, eine Lösung in Aussicht. Am 3. Dezember schreibt dieser jedoch:
„Bis jetzt sind schon 17 streikende Arbeiter an Krankheiten gestorben, die meisten unserer Kinder mussten mit der Schule aufhören, bei etwa 75% der Häuser unserer Arbeiter wurden die Darlehen durch die Agenturen gekündigt. Es gibt Einschüchterungen, Belästigungen, Überwachungen und Morddrohungen gegenüber den aktiven Mitglieder und Führern der Gewerkschaft.“
Unter dem Zusammenspiel zwischen Stellenstreichungen in qualitätssichernden Bereichen (wie Laborarbeit) einerseits und die Ersetzung der Stellen durch ungelernte dafür günstigere Zeitarbeiter andererseits, leiden nicht nur die ArbeiterInnen der Firma Alima-Gerber S.A. im polnischen Rzeszow. Auch die Qualität der Produkte sind bedroht. So stellten tschechische Labore erhöhte Pestizidwerte fest, und es wurden auch lebensbedrohliche Glassplitter in der Babynahrung gefunden.

Nestlé Waters : Die Folgen des Wachstums im Markt für Flaschenwasser

Nestlé Waters ist die Nummer 1 im weltweiten Markt für Flaschenwasser (*Perrier, Contrex, Vittel, Acqua Panna et San Pellegrino, Pure Life, Aquarel, etc.*). In allen fünf Kontinenten übernimmt Nestlé zunehmend existierende Marken und erwirbt Konzessionen zur Nutzung von Quellen, wo sie Abfüllanlagen baut. Einflussreiche Marketing- und Medienkampagnen versuchen die KonsumentInnen davon zu überzeugen, dass das Flaschenwasser besser, gesünder und reiner sei als das Hahnenwasser, was (zumindest in der Mehrheit der westlichen Länder) völlig falsch ist.
Mehrere Negativfolgen sind die Folgen der Expansion dieses Wasserflaschenmarktes:

1) Flachenwasser ist 300 bis 500mal teurer als Hahnenwasser,
2) die Ausbeutung der Wasserquellen kann die natürliche Wiederherstellung des Wassers beeinträchtigen und zu Schäden des ökologischen Gleichgewichts führen
3) Die Flaschenwasser-Industrie verbraucht etwa 1.5 Millionen Tonnen Plastik pro Jahr. Die Herstellung von Plastik benötigt nicht-erneuerbare Rohstoffe und entlässt beträchtliche Mengen von chemischen giftigen Produkten ins Wasser und in die Luft.
4) Die nicht wieder verwerteten Plastikflaschen werden entweder in die Natur geworfen, wo sie sehr langsam abgebaut werden; über Müllhalden gelangen sie in die Erde, wo sich Giftstoffe lösen und das Grundwasser verschmutzen; oder sie werden in Kehrichtverbrennungsanlagen verbrannt, was Schadstoffe in die Luft freisetzt (Stickstoff, Schwefel und Kohlenoxide).
5) Schliesslich muss auch die grosse Menge an Treibstoff erwähnt werden, welche für den Transport und Vertrieb der Flaschen benötigt wird.

Der Kaffeemarkt

Der Nestlé Konzern ist für den Zusammenbruch der weltweiten Kaffeepreise und das damit verbundene Massenelend in den Herstellungsländern mitverantwortlich. Die transkontinentalen Kaffeegesellschaften unterließen 1989 die Erneuerung des stabilisierenden Pakts (ICA/IAC), was die Preissenkung für Rohkaffee nach Bedarf der fünf transkontinentalen Gesellschaften Kraft, Folgers, Sara Lee, Tschibo und natürlich Nestlé zur Folge hatte.
Laut Jan Braunholz, Journalist und Experte für Kaffeehandel, besitzt Nestlé im Bereich des löslichen Kaffees einen Marktanteil von 80% in Mexiko. Für seinen Nescafé importiere Nesté seit Jahren billigen Rohkaffee der Sorte Robusta, um die Preise in Mexiko niedrig zu halten. Braunholz: „In Mexiko wird zwar auch Robustakaffee erzeugt, doch Nestlé zahlt dafür sehr geringe Preise, etwa 6 bis 7 Pesos (ca 0.50 Euro) pro Kilo. Seit Jahren protestieren die Kleinbauern gegen die Niedrigpreise.“
Im Jahre 2019 wolle Nestlé dort bis zu einer

---

[1] Als weltweit führendes Nahrungsmittelunternehmen besaß Nestlé 2006 481 Fabriken in 87 Ländern und erzielte einen Umsatz von 98, 46 Milliarden CHF. und ausgewiesene Profite von 9,2 Milliarden CHF.

Million Säcke Robustakaffee jährlich ernten, mehr als die derzeitige gesamte mexikanische Arabicakaffee-Produktion. Damit die Bauern ihre einheimischen Arabicapflanzen vernichten und neue Robustapflanzen setzen, die aber erst nach vier bis fünf Jahren abgeerntet werden können, versucht der Nestlé-Chef Peter Brabeck-Lemathe die Bauern mit verlockenden Versprechungen, wie hohe Absatzzahlen und den Bau von Schulen zu ködern. Auch scheute er nicht vor der Bestechung der Kinder zurück: So wurden Süßigkeiten von vier großen LKWs an die Kleinen verteilt.

Säuglingsnahrung

Studien belegen, dass die Flaschenfütterung in Entwicklungsländern zu einer erhöhten Säuglingssterblichkeit führt, u.a. deshalb, weil Mütter das Pulver nur mit verschmutztem Trinkwasser zubereiten können oder aus Not gezwungen sind, das Pulver zu verdünnen. Nestlé leistet mit der aggressiven Vermarktung ihrer Muttermilchersatzprodukte Vorschub. Dabei werden verschiedene Tricks angewendet, um den von der WHO gemeinsam mit der UNICEF erarbeiteten „Internationalen Kodex für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten" zu umgehen und trotzdem einen ethischen korrekten Anschein zu wahren. WHO und UNICEF sprechen von jährlich mehr als 1,5 Millionen Säuglingen, die sterben müssen, nur weil sie nicht gestillt werden. Dennoch bleiben Nestlés Vermarktungsstrategien besonders in Ländern der Dritten Welt irreführend und aggressiv.

NESTLE, Anatomie eines Weltkonzerns

Dieses Buch ist in kollektiver Arbeit von acht AutorInnen der Arbeitsgruppe Globalisierung und Multis von der Waadtländer Attac-Sektion (Attac Vaud) in Lausanne entstanden.
Sie beschreiben die Realität hinter der schönen Marketingfassade. Die untersuchten Gebiete sind die Eckdaten des "Nestlé-Imperium" (Geschichte, Geschäftsergebnisse, Einkommen, Führungskräfte und Strategien), verschiedene Arbeitskonflikte, die Gentechnik, der Kaffeemarkt, der Wassermarkt und das Milchpulver.

http://www.schweiz.attac.org/NESTLE-Anatomie-eines-Weltkonzerns

Bündnis "Bahn für Alle"

Bundestag entmachtet sich selbst

Frankfurt am Main, 30. Mai 2008

Der Bundestag hat sich mit dem heutigen Beschluss zur Bahnprivatisierung selbst entmachtet und dem Bundesunternehmen Deutsche Bahn AG eine Generalvollmacht ausgestellt, über öffentliches Vermögen in Höhe von zig Milliarden Euro zu verfügen, hat das Bündnis "Bahn für Alle" kritisiert. *"Wir freuen uns, dass mehrere SPD-Abgeordnete gegen diesen Privatisierungs-Murks gestimmt haben",* sagte Hendrik Auhagen, Bahn-Experte beim globalisierungskritischen Netwerk **Attac**, einem der 16 Träger des Bündnisses.
"Bahn für Alle" hatte zu Beginn dieser Woche alle Parlamentarier mit einem Brief aufgefordert, für den Verbleib der Bahn in öffentlicher Hand zu stimmen.

"Die Behauptung, die Infrastruktur bleibe zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes, ist unwahr", erklärte Winfried Wolf von der Expertengruppe **"Bürgerbahn statt Börsenbahn"**, ebenfalls Träger des Bündnisses "Bahn für Alle". *"Die Infrastruktur bleibt integraler Bestandteil der dann teilprivatisierten Deutschen Bahn. Der Bund hat nur einen indirekten Zugriff auf die Infrastruktur."* Bereits zuvor habe der Bund trotz seines alleinigen Eigentums an der DB AG nicht verhindert, dass das Schienennetz seit 1993 um 7000 Kilometer abgebaut wurde. *"Wie soll der Bund im Fall einer teilprivatisierten Deutschen Bahn AG den fortgesetzten Netzabbau stoppen können?"*, fragte Wolf.

Die DB AG will 20 Prozent der Anteile an ihrer Privatisierungs-AG an handverlesene Investoren verkaufen. Mit der russischen Staatsbahn haben sich die ersten Interessenten öffentlich aufgestellt. *"Die spezifischen Interessen solcher Investoren können in Deutschland zu einem ähnlichen Desaster führen, wie wir es jüngst bei den Bahnprivatisierungen in Großbritannien (Pleite der privaten Infastrukturgesellschaft Railtrack 2001), in Litauen (Notwendigkeit zur sündhaft teuren Rückverstaatlichung der Eisenbahn 2006) und in Neuseeland (zweimalige Pleite der privaten Bahnanteilseigner 2003 und 2008 und Rückverstaatlichung* der gesamten Bahn 2008) erlebt haben", sagte Winfried Wolf.

"Der Bundestag verzichtet auf ein transparentes Gesetzesverfahren, überlässt Regierung und DB alle Details und hebelt so selbst die parlamentarische Demokratie aus", erklärte Hendrik Auhagen von Attac. *"Ohne Gesetz werden dem Bundeshaushalt gewaltige finanzielle Risiken aufgebürdet. Kein Abgeordneter weiß, wo am Ende die 15 Milliarden Schulden verbucht werden, die die schuldenfrei gestartete DB AG in den vergangenen Jahren auf die Infrastruktur aufgenommen hat."* Dagegen könne der Bund nur mit geringen Einnahmen von kaum mehr als einer Milliarde Euro für das geplante Zukunftsprogramm rechnen.

Eine Mindestabsicherung wäre gewesen, das von den Bundesländern auf den Weg gebrachte Gesetz zur Sicherstellung von Eisenbahninfrastrukturqualität und Fernverkehrsangebot zu diskutieren. *"Mit ihrem Entwurf machen die Bundesländer deutlich, dass sie und die Menschen vor Ort von der Bahnprivatisierung negativ betroffen sind: durch Streckenstilllegungen, Abbau von Fernverkehrsverbindungen und neue finanzielle Anforderungen"*, sagte Winfried Wolf. Regeln für Fernverkehr und Infrastruktur seien seit der Gründung der DB AG 1994 fällig, mit einer Kapitalprivatisierung der DB AG überfällig.

"Jede Bahnprivatisierung ist Unsinn - mehr als 70 Prozent der Bevölkerung sind repräsentativen Umfragen zufolge für eine Bahn in öffentlicher Hand", erinnerte Hendrik Auhagen. *"Der Bundestag hätte diese Mehrheit der Vernunft nachvollziehen sollen statt einen Demokratieabbau zu vollziehen und korruptive Tendenzen wie den Wechsel des Transnet-Chefs Norbert Hansen ins DB-Management zu belohnen."*

"Bahn für Alle" ist ein Bündnis von 16 Organisationen aus Globalisierungskritikern, Umweltorganisationen, politischen Jugendverbänden und Gewerkschaften und setzt sich ein für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand. Träger des Bündnisses sind Attac, Bahn von unten, BUND, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Bürgerbahn statt Börsenbahn, Grüne Jugend, Grüne Liga, IG Metall, Jusos in der SPD, Linksjugend Solid, NaturFreunde Deutschlands, Robin Wood, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Umkehr, VCD Brandenburg und Verdi.

http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/story/70/2770.html

Friedensratschlag Kassel

Die bösen USA - das gute Europa?

Friedensforschungsinstitute legen "Friedensgutachten 2008" vor – und verkennen die Realität

Kassel/Hamburg, 4. Juni 2008 - Auf Zustimmung und Kritik ist das diesjährige Friedensgutachten der fünf großen Friedensforschungsinstitute in den Reihen der Friedensbewegung gestoßen. Lühr Henken und Dr. Peter Strutynski nehmen in einer ersten Erklärung zum rüstungs- und abrüstungspolitischen Teil des Gutachtens Stellung:

- EU-Staaten hoch gerüstet

Wer die Verantwortung für die Militarisierung der Weltpolitik der US-Regierung unter George W. Bush anlastet und die Europäische Union dabei weitgehend ungeschoren lässt, beschreibt nur die halbe Wahrheit. Gewiss: Der größte Teil der Hochrüstung der letzten Jahre geht auf das Konto der westlichen Führungsmacht: Ihr Anteil an den Weltmilitärausgaben stieg auf über 50 Prozent. Gleichzeitig stieg aber auch der Anteil der NATO an den weltweiten jährlichen Rüstungs- und Militärausgaben auf rund 70 Prozent. Hierin eingeschlossen sind fast alle EU-Staaten. Sie haben - in konstanten Preisen - von 2001 bis 2006 ihre Rüstungsanstrengungen um vier Prozent gesteigert. Das ist wenig, verglichen mit den Steigerungsraten der USA, Russlands und Chinas. Aber es ist viel, wenn man bedenkt, dass die Europäische Union erstens von niemandem bedroht wird und zweitens ohnehin schon über so viel Militär und Waffen verfügt wie der Rest der Welt (ohne USA, Russland und China).

- EU-Reformvertrag schreibt Aufrüstung vor

Hinzu kommt etwas, was das "Friedensgutachten" völlig unerwähnt lässt: Die Europäische Union verpflichtet sich sowohl in ihrer "Europäischen Sicherheitsstrategie" als auch im Lissaboner "Reformvertrag", ihre "militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Art. 28c), das heißt weiter aufzurüsten. Und die Zeichen in Deutschland stehen ebenfalls auf weitere Hochrüstung. Im erst vor kurzem vorgelegte Jahresbericht des Bonner Konversionszentrums BICC wird von einer "Trendwende" in der deutschen Rüstungspolitik gesprochen: Seit 2006 steigen die Militärausgaben wieder - zunächst von 27,87 Milliarden Euro 2006 auf 28,4 Milliarden Euro 2007. Das neue Haushaltsgesetz, welches am 30. November 2007 vom Bundestag beschlossen wurde, sieht für das Jahr 2008 im "Einzelplan 14" einen Verteidigungsetat von 29,45 Milliarden Euro vor. Die schrittweise Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben soll laut BICC auch in der künftigen Finanzplanung fortgesetzt werden und bis zum Jahr 2010 die 30-Milliarden-Marke überschreiten.

- Bundesrepublik steigert Verteidigungsausgaben

Damit gibt zwar die Bundesrepublik immer noch weniger Geld für Rüstung und Krieg aus als auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Damals existierten aber auch noch die DDR und die anderen Staaten des Warschauer Pakts. Erstere ist im größeren Deutschland aufgegangen, letztere sind zum Teil selbst Mitglied der NATO geworden. Darüber hinaus ist Deutschland hinter den USA und Russland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt.

- EU- und NATO-Staaten mit Interventionsarmeen

Nicht vergessen werden darf auch die politisch-militärische Zielrichtung der Rüstungsanstrengungen von Bundesregierung, EU und NATO: Unter dem Label "Transformation" sollen die Streitkräfte der Mitgliedstaaten aus Verteidigungsarmeen in jederzeit und weltweit einsetzbare Interventionstruppen umgewandelt werden. Dazu dienen in der NATO z.B. die Rapid Reaction Forces und in der EU die Battlegroups, die bis zum Jahr 2010 nach dem Headline Goal auch über die entsprechende offensive Bewaffnung verfügen sollen.

Das Friedensgutachten verschließt auch die Augen davor, dass die Staaten der EU an vielfältigen militärischen Abenteuern der USA direkt beteiligt sind - ob unter dem Schirm der NATO (wie in Afghanistan) oder im Rahmen einer von den USA geführten Koalition der Willigen (wie im Irak). Darüber hinaus unternahm die EU selbst Militäreinsätze im rohstoffreichen Kongo (Frankreich und Deutschland) und im strategisch günstig gelegenen Tschad (v.a. Frankreich). Die EU hat den "Krieg gegen den Terror" im engen Schulterschluss mit den USA zu ihrem eigenen gemacht - anstatt Terroristen und ihre Netzwerke als Schwerverbrecherorganisationen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln (Polizei, zivile Ermittlungsbehörden, Justiz) wirkungsvoll zu bekämpfen. Dies verlangen nicht zuletzt alle Resolutionen der Vereinten Nationen, die in den letzten 40 Jahren zum Thema Internationaler Terrorismus verabschiedet wurden.

Auch die Ablehnung der geplanten US-Raketenabwehr in Osteuropa (Polen und Tschechien) fällt einäugig aus. Muss denn nicht auch daran erinnert werden, dass auf dem letzten NATO-Gipfel in Bukarest auch alle europäischen NATO-Staaten zu dieser Maßnahme ihren Segen gegeben haben? Und warum fehlt in dem "Friedensgutachten" der Hinweis darauf, dass auch die Aufnahme der Ukraine und Georgiens von den Europäern nur zeitlich hinausgezögert, nicht aber verhindert wurde. Eine "soft power", eine Zivil- und Friedensmacht EU bzw. die EU-Staaten, die gleichzeitig in der NATO sind, hätten ganz andere Zeichen setzen können, wenn sie denn gewollt hätten.

- Friedensbewegung begrüßt Abrüstungsforderungen der Forschungsinstitute

Vollkommen einverstanden ist der Bundesausschuss Friedensratschlagt mit den im "Friedensgutachten" formulierten abrüstungspolitischen Forderungen - ob es um die atomare Abrüstung, den Widerstand gegen den US-Raketenschild, das vollständige Verbot von Streubomben oder um die Beendigung des Rüstungswettlaufs im Weltall geht. Simples Bush-Bashing ist aber zu wenig. Die Militarisierung der EU, die Transformation von Bundeswehr und NATO sowie die Teilnahme der EU am weltweiten "Krieg gegen den Terror" sind europäische Projekte. Deren Akteure müssen beim Namen benannt und genauso entschieden kritisiert werden. Nicht nur die US-Außenpolitik, auch die Außen- und Sicherheitspolitik der EU muss "zivilisiert" werden. Damit der Krieg nicht wieder, wie die Forschungsinstitute zu Recht befürchten, zum "Mittel der Politik" wird.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken (Hamburg)
Peter Strutynski (Kassel)
www.friedensratschlag.de

Text der Presseerklärung: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/gutachten08-baf.html

Friedensgutachten: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/gutachten08.html

Dem Frieden eine Chance. Truppen raus aus Afghanistan

Deutschland im Krieg

Das Schlachtfeld Afghanistan ist Tausende Kilometer von uns entfernt. Die Bundeswehr ist in diesem Krieg mit zwei Mandaten dabei:

a) ISAF („International Security Assistance Force“ – „Schutztruppe für den Wiederaufbau“) mit max. 3.000 Soldaten sowie 6-8 Tornado-Flugzeugen und ca. 500 weiteren Soldaten
b) OEF („Operation Enduring Freedom“ - „Operation dauerhafte Freiheit“) - max. 100 KSK-Elitesoldaten

Ab Sommer 2008 wird erstmals ein offensiver Kampfverband, genannt schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force -QRF) mit 250 Soldaten das deutsche Kontingent verstärken. Zur Zeit ist die Bundeswehr in Kabul sowie in Kundus und Masar-i-Scharif im Norden stationiert. Für Notfälle im Süden Afghanistans gibt es schon seit 2005 ein Mandat. Eine genaue Definition dieser „Nothilfe“ gibt es nicht.

Die stets betonte Trennung der beiden Missionen OEF und ISAF ist graue Theorie. Beide arbeiten eng zusammen, seit 2006 sogar unter gemeinsamem Oberkommando. Die deutschen Tornados liefern Aufklärung und damit auch Zielkoordinaten für Bombardierungen und Kampfeinsätze.
Durch die enge Verbindung von zivilen Organisationen mit militärischen Strukturen werden zivile Akteure häufig zu Anschlagszielen. Allein im Frühjahr 2008 sind innerhalb von 4 Wochen im Norden Afghanistans 80 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ums Leben gekommen.

Die weitere Aufstockung der deutschen Truppen und eine Ausweitung ihrer Aufgaben werden von der NATO-Führung gefordert und von der Bundesregierung geplant. Der Bundestag will im Herbst 2008 über die Verlängerung der Mandate entscheiden. Um eine möglichst breite Zustimmung durchzusetzen, sollen die Mandate zusammengelegt werden. Außerdem ist eine Verlängerung des Mandats von 12 auf 18 Monate geplant.

64 Prozent der Bundesbürger wollen ein Ende des Bundeswehreinsatzes (Infratest 2007). Gegen Kampfeinsätze sprachen sich 2008 sogar 86% der Deutschen aus.

Versprochen – gebrochen

Frieden und Stabilität: Auf Grund der enorm verschlechterten Sicherheitslage nimmt die afghanische Bevölkerung das fremde Militär immer stärker als Besatzer wahr. Das gilt inzwischen auch für den Norden des Landes und Kabul.
Auch jenseits der Grenze zu Afghanistan, in den Stammesgebieten Pakistans, breiten sich die kriegerischen Handlungen immer weiter aus.

Demokratie: Die mit Wahlfälschung und Stimmenkauf ins Amt gehobene korrupte Regierung Karsai hat lediglich in Kabul Einfluss. Sie kann sich nur mit NATO-Hilfe an der Macht halten. Außerhalb Kabuls herrschen Warlords, Taliban und Drogenbarone oft in Kooperation mit den ISAF-Truppen. Eine souveräne oder gar demokratische Entwicklung ist unter Besatzungsbedingungen nicht zu erwarten.

Wiederaufbau: Der Wiederaufbau, zu dessen Schutz die NATO angeblich im Land ist, geht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Die Aufträge gehen hauptsächlich an ausländische Unternehmen. In Kabul funktionieren in den einfachen Vierteln weder Strom- noch Wasserversorgung. Viele Menschen hungern.

Unterbindung der Drogenproduktion
Nach dem Sturz der Taliban hat sich Afghanistan schnell wieder zum wichtigsten Opiumproduzenten entwickelt: Es erzeugt über 90 Prozent der Welternte. Auf Grund billiger Nahrungsmittelimporte gibt es für die Bauern kaum wirtschaftliche Alternativen. Nach Einschätzung der Weltbank könnte mit einem Bruchteil der Militärausgaben (etwa 2 Milliarden Dollar) der Drogenanbau nachhaltig beendet werden.

Rechte der Frauen: Trotz medienwirksamer Berichte sind Frauen weiterhin von elementaren Rechten ausgeschlossen. Die Zahl der Analphabetinnen wird auf über 80 Prozent geschätzt. Wegen der prekären Sicherheitslage wagen sich Frauen kaum aus den Häusern. Frauen werden weiterhin zwangsverheiratet. Die Burka als Zeichen der Diskriminierung und Unfreiheit verhüllt weiterhin das Gesicht der Frauen. Die Selbstmordrate unter Frauen ist so hoch wie nie zuvor.

Worum geht es tatsächlich in Afghanistan?

Die NATO ist ein weltweit einsetzbares hegemoniales Militärbündnis unter Führung der USA.
Die NATO-Strategie zielt darauf ab, dauerhafte Militärpräsenz in Zentralasien zu etablieren. Damit soll die gesamte Region strategisch unter Kontrolle gehalten werden.
Ein Blick auf die Landkarte zeigt: Afghanistan ist von großer Bedeutung für die Rohstoffströme aus der zentralasiatischen Region. Unter Umgehung Russlands und des Irans sollen Energietransportwege gesichert werden. Über den Bau von Pipelines hin zum Indischen Ozean wurde bereits vor dem Krieg mit den Taliban verhandelt, zuletzt ergebnislos im Jahr 2000(!) in Berlin.
Krieg und Besatzung in Afghanistan und im Irak gehören zum Projekt der Neuordnung der Welt.
Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan verdeutlicht den neuen globalen Machtanspruch Deutschlands. Die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr orientieren auf „ungehinderten Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Schritt für Schritt werden unter dem Deckmantel von “Demokratie“ und „Hilfe“ Kriegseinsätze zur Normalität.

Wir sagen: Mit militärischen Mitteln lässt sich kein Frieden schaffen. Ohne Selbstbestimmung gibt es keine Demokratie.
Wir fordern:
Militär raus aus Afghanistan und Schluss mit der Besatzung!
Zivile Hilfe für das geschundene Land statt Militärintervention!

Der NATO-Krieg in Afghanistan

- Seit 2001 wütet der NATO-Krieg in Afghanistan. Heute (Frühjahr 2008) sind mindestens 60.000 Soldaten aus 37 Ländern unter Führung der US-Armee in Afghanistan im Einsatz – mehr als doppelt so viel wie Anfang 2006.
- Die NATO ist mit ihrer Strategie gescheitert. Ihre angeblichen Ziele wie „Terrorismusbekämpfung“ und „Sicherheit - Demokratie“ wurden nicht erreicht.
- Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat Terrorismus nicht beseitigt, sondern die humanitäre Situation und die Sicherheitslage drastisch verschlechtert.
- 12.775 belegte Luftunterstützungseinsätze gab es 2007 im Rahmen der OEF/ISAF-Operationen. Davon waren knapp 3.000 schwere Bombeneinsätze.
- Die US-Truppen bringen Splitterbomben und abgereichertes Uran zum Einsatz mit unkontrollierbaren radioaktiven und toxikologischen Wirkungen für Menschen, Tiere und die Umwelt .
- Tausende Zivilisten wurden getötet , mehr als 100.000 Menschen verloren ihr Zuhause und sind auf der Flucht. Die Angriffe auf ausländische Soldaten nehmen permanent zu. Bis März 2008 gab es unter diesen 776 Tote, darunter 26 Deutsche.
  Für den Militäreinsatz der NATO-Staaten wurden bisher ca. 85 Milliarden US-Dollar ausgegeben, der zivile Aufbau wurde dagegen nur mit 7,5 Mrd. US-Dollar unterstützt.

... und was kann ich machen? **an Protestaktionen gegen die Verlängerung und Ausweitung der Mandate teilnehmen**
Unterschriften für die Petition an den deutschen Bundestag sammeln http://www.afghanistan-kongress.de/material.htm
Abgeordnete auffordern, gegen die Verlängerung der drei Mandate zu stimmen – per Brief, E-mail oder Telefon www.bundestag.de

Attac-AG Globalisierung und Krieg (bundesweit) bf-attacglobkrieg@gmx.de, www.attac.de/globkrieg
V.i.S.d.P.: M. Luchte, c/o Attac Berlin/ Blue 21, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Weitere Informationen www.afghanistan-kongress.de, www.uni-kassel.de/fb5/frieden, www.friedenskooperative.de, www.imi-online.de, www.german-foreign-policy.com